

Wörter-Zeitung



Bestellungspreis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf. unter Streifenband 8,00 Wfr. ...
Vertrieb als Marken-Markchen der Kommunistischen Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsredaktion: Breslau 10, Krönerstr. 50, Tel. 500 09.
Verlagsdirektor: Breslau 544, Rebellstr. Breslau, Krönerstr.
Strabe 10, Tel. 239 02. ...

Die Deutsche Volkspartei diktiert Sozialdemokrat Hilferding gehorcht!

Sein neuester Raubplan: Senkung der Besitzsteuern, Einführung einer Kopfsteuer Krisengeschrei zur Verbedung der Schandstaten

(Eig. Bericht) Berlin, 2. Oktober.

Entsprechend dem Befehl der Schwerindustrie haben sich die vierstündigstörer gestern dahingehend geeinigt, daß die Beitragserhöhung für die Erwerbslosenversicherung nach der Annahme des Young-Planes gemeinsam mit der „Finanzreform“ beschloffen werden soll. Unter der Etikette „Finanzreform“ bereitet die Koalitionsregierung und besonders der Sozialdemokrat Hilferding einen neuen Raubzug auf die Taschen des wertvollen Volkes bei gleichzeitigen Willkürschüssen an das Trustkapital vor. Was plant Hilferding? Zunächst soll die Einkommensteuer der Besitzenden abgebaut werden, und zwar in der Weise, daß, während heute die über 80.000 Mark jährlich hinausgehenden Einkommensbeträge mit 40 Prozent besteuert werden (wogegen sich die Kapitalisten im übrigen durch mancherlei Schiebungen zu schützen wissen), in Zukunft der höchste Steuersatz erst bei dem Einkommen von mehr als 500.000 Mark jährlich eintreten und auch nur noch 33 Prozent betragen soll. Gleichzeitig mit der Einkommensteuererhöhung soll die Kapitalertragssteuer, die ausschließlich Großkapitalisten trifft, für alle zukünftigen, fest verzinlichen Kapitalanlagen abgeschafft werden.

Parallel zur Herabsetzung der Einkommensteuer geht die Senkung der Gewerbesteuern der Besitzenden. Zunächst soll ihr Betrag um 10 Prozent herabgesetzt werden. Dies ist aber nur ein Anfang, dem nach Neuregelung der Gemeindefinanzen weitere Steuererleichterungen folgen sollen.

Die Gemeinden sollen nämlich für den mit der Senkung der Besitzsteuern verbundenen Einnahmeverlust durch neue Massensteuern entschädigt werden. Einerseits durch gemeindliche Getränkeauslagen, andererseits durch einen „Verwaltungskostenbeitrag“, also eine Kopfsteuer, sämtlicher Gemeindeangehöriger, die für den reichsten wie für den ärmsten Gemeindeangehörigen gleich hoch sein soll.

Wie die „Vossische Zeitung“ offiziös schreibt, soll „eine gesetzliche Verbindung dieser Kopfbeträge mit den Realsteuerzuschlägen verhindern, daß in Kommunen mit ausgesprochen besitzfeindlicher Mehrheit die Belastung des Einkommens wieder eine wirtschaftsgefährdende Höhe erreicht“. Proletarische Gemeinden sollen also in die Zwangslage gebracht werden, daß sie die Besitzbelastung nicht steigern können, ohne gleichzeitig auch die vom ärmsten Proletarier zu leistende Kopfsteuer hinaufzusetzen. Ein schlauer Plan, dessen Verwirklichung natürlich die letzten Reste kommunaler Selbständigkeit beseitigen würde.

Wahrlich: Ein derart schändlicher Plan kann nur im Gehirne eines Sozialfaschisten entstehen. Während er auf der einen Seite, um die proletarischen Wähler vor den Gemeindevahlen zu beruhigen, nicht nur die Einkommensteuer der Besitzenden, sondern formal auch der Minderbemittelten abbauen will, indem das steuerfreie Existenzminimum auf 1800 Mark festgesetzt werden soll (was sich z. B. bei einem verheirateten Mann mit zwei Kindern auf 3000 Mark erhöhen würde), kriecht er der breiten Masse das Vielfache aus der Tasche.

Neben der Einführung der Kopfsteuer soll die Biersteuer um jährlich 880 Millionen Mark erhöht, und durch die Monopolisierung des Tabak- und Zündholzverkaufs neue Belastungen auf das wertvolle Volk abgewälzt werden. Diese Seite des Hilferding'schen Raubplanes ist die reale Wirklichkeit, während die angebliche Heraussetzung des steuerfreien Einkommens auf 1800 Mark genau so „verwirklicht“ werden wird, wie das vorjährige Wahlsprechen der SPD: keinen Pfennig für den Panzerkreuzer.

Die „Vossische Zeitung“ läßt darin die Katze aus dem Sack, wenn sie schreibt:

„Für das Finanzjahr 1930/31 betragen die Reparationserleichterungen etwa 700 Millionen Mark, einen Betrag, der sich entsprechend vermindert, wenn man die im Young-Plan vorgesehene Aufhebung der Industriebelastung und die Senkung der Beförderungsteuer vornehmen sollte. Der dann noch weiter verminderte Betrag reicht zu der großzügigsten Steuererleichterung, von der allein eine Förderung des wichtigsten Wirtschaftszweiges, der Kapitalbildung, erwartet werden kann, nicht aus. Zu der Herabsetzung der für die Kapitalbildung wichtigen Steuern, der Einkommen- und Realsteuer, muß also noch ein Umbau des deutschen Steuersystems in dem Sinne eintreten, daß die bisher noch ungenügend ausgenützten indirekten Steuerquellen mehr ausgeschöpft werden. Nur so ist eine einigermaßen ausreichende Herabsetzung der direkten Belastung zu erzielen. Auf diesen wirtschaftspolitischen Erwägungen, über die im Prinzip heute wohl weitgehend Übereinstimmung herrscht, bauen sich die Pläne des Reichsfinanzministeriums auf.“

Das ist deutlich: Förderung der Kapitalbildung, Erhöhung der kapitalistischen Profite und Verschärfung der kapitalistischen Nationalisierung, das ist der Zweck des neuen Gliedes der von der Koalitionsregierung durchgeführten Hungeroffensive gegen die wertvollen Massen. Angesichts dieser Tatsachen müssen die wertvollen Massen sich in verstärktem Maße zur Wehr setzen.

Die Demonstrationen und Proteststreiks angesichts der Reichstagserschließung waren ein Auftakt des Kampfes. Die Kommunal-

wahlen am 17. November müssen den Protest der wertvollen Massen gegen den neuen Raubzug und im Besonderen gegen die Überwälzung aller Kommunallasten auf die Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen. Worauf aber alles ankommt, das ist die Organisierung der Kämpfe gegen die wachsende Ausbeutung, des Kampfes um Ausgleich der wachsenden Steuerbelastung durch entsprechende Lohnerhöhungen, der Festigung der proletarischen Einheitsfront in den Betrieben gegen die räuberische Bourgeoisie und ihre sozialfaschistische Agentur.

Stresemann gestorben

Berlin, U., 3. Oktober. — Dr. Stresemann ist heute früh kurz nach 5 1/2 Uhr plötzlich verstorben.



Rechts Stresemann, der verstorbene Außenminister, links Breitscheid, sein freiwilliger Commis, der wieder-mal Hoffnungen hegt, Minister des Auswärtigen zu werden.

gefenngzeichnet durch Locarno und Paris, durch den Dawes- und jetzt durch den Young-Plan. Er war der Vertreter der Westorientierung, jederzeit bereit, für einen entsprechenden Kaufpreis die Front der kapitalistischen Räuber gegen die Sowjetunion zu stärken. Trotz allen Lawrierens und Loyalitätsbekundungen gegenüber der Sowjetunion, jede Stunde bereit, die Rapallo-Verträge als einen „Fetzen Papier“ zu erklären, und für Beteiligung Deutschlands am Bürgerkrieg gegen die Sowjetunion einzutreten. Ohne kleinbürgerliche Strupel, gerissen, stets eine Viedermelermaske tragend, war er zweifellos der geriebene kapitalistische Klopffechter der Bourgeoisie in der Nachkriegszeit. Sein Tod bedeutet für die deutsche Bourgeoisie einen Verlust und erhöht — wie bereits betont — die Schwierigkeiten für die Koalition zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie. Der scharfmacherische Flügel in der Volkspartei dürfte nach Stresemanns Tod verstärkt werden. Im allgemeinen wird durch Stresemanns Tod an der deutschen Innen- wie Außenpolitik nichts geändert.

Nicht Änderungen in der Regierungszusammensetzung, nicht das Ausscheiden eines Ministers, nur die revolutionäre Tat des Proletariats wird der verbrecherischen Kriegspolitik und dem Unterdrückungsterror ein Ende setzen.

Gustav Stresemann, der 51 Jahre alt geworden, ist zu früh gestorben. Er ist davon bewahrt worden, vor dem Richterstuhl des revolutionären Proletariats für die Verbrechen, die er am arbeitenden Volke verübt, abgurteilt zu werden.

Die Fraktionschieber an der Arbeit

(Eig. Bericht) Berlin, 2. Oktober.

Die Fraktionschieber der Koalitionsparteien arbeiteten heute fieberhaft hinter den Kulissen, um die Durchsetzung des Unterstützungsbraubes in letzter Lesung zu sichern. Heute vormittag hat Reichsanwalt Müller mit Stresemann eine Aussprache gehabt. Darauf wurde bekanntgegeben, daß das Reichsabinett damit einverstanden sei, daß die Frage der Beitragserhöhung erst im Spätherbst im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzreform entschieden wird. Die Regierung habe auch nichts dagegen einzumenden, daß die Deutsche Volkspartei eine Erklärung abgibt, daß sie weitergehende Abbaumaßnahmen für notwendig halte. Die Regierung könnte es aber nicht hinnehmen, wenn die Deutsche Volkspartei in der dritten Lesung gegen die Vorlage stimmen würde, weil nicht alle ihre Anträge reiflos erfüllt sind.

Die Erklärung lag einer Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei vor, die mehrere Stunden dauerte und über die kein Bericht gegeben wurde. Darauf wurden in den Abendstunden die interfraktionellen Verhandlungen wieder aufgenommen.

Der „Abend“, die Spätausgabe des „Vorwärts“, stellt die kühne Behauptung auf, daß nur die kommunistische Partei daran schuld sei, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die verschiedenen Abbaumaßnahmen gestimmt habe. Angesichts der gewaltigen Empörung der Berliner Arbeiterschaft über die Zustimmung der SPD zum Abbau der Unterstützung für die Saisonarbeiter, zur Verlängerung der Anwartschaftszeit für jugendliche Arbeiter usw. hat das Abendblatt des „Vorwärts“ vollständig den Kopf verloren. Immerhin bringt es deutlich zum Ausdruck, daß die SPD entschlossen ist, den Unterstützungsrab durchzuführen.

ad. Der plötzliche Tod des deutschen Außenministers und Führers der Großindustriellen, die Regierungspolitik entscheidend beeinflussenden Deutschen Volkspartei, fällt mitten hinein in den Rußhangel der Fraktionsführer über das Hungergesetz und die neuen Raubpläne Hilferding's. Stresemanns Tod wird den Rußhandel zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zwar erschweren, das Krisengeschrei, das die SPD zur Verbedung ihrer Verbrechen am arbeitenden Volke erhebt, wird verstärkt werden, trotzdem wird die Regierungskoalition bestehen bleiben. Die Volkspartei diktiert, Müller, der zur Täuschung der Arbeiter wieder einmal Rücktrittsabsichten heuchelt, „regiert“ im Auftrag und im Namen des Trustkapitals.

Stresemann war der typische großkapitalistische Interessenvertreter und Aufsichtsratspolitiker. Er begann seine Laufbahn als Syndikus des Verbandes der sächsischen Industriellen, die ihn 1907 in den Reichstag entsandten. Nach Bassermanns Tode wurde er Führer der Nationalliberalen, die nach 1918 ihre Firma in Deutsche Volkspartei umänderten. Vom August bis zum November 1923 war Stresemann Reichsanwalt. Er hat in dieser Zeit die verbrecherische Inflationspolitik, die Ausplünderung der Wertvollen bis auf das Hemd, die Seidliche Willkürherrschaft, das Verbot der kommunistischen Partei, den Raub des Achtstundentages und all die anderen Verbrechen zur Niederschlagung und Unterdrückung des Proletariats in Gemeinschaft mit der SPD und den anderen bürgerlichen Parteien durchgeführt. Seit November 1923 ist Stresemann Minister des Auswärtigen. Seine Politik ist

Ein Anschlag Orzeszkis

Preussischer Innenminister leitet Feldzug zum Verbot proletarischer Organisationen ein — Vorarbeit für Gewerkschaftsgesetz

Der bekannte gütige Blind, der zum Schrecken des Reichswehrministeriums und anderer Institutionen des kapitalistischen Staatsapparates sehr häufig in die Redaktion der „Aktion“ zu weihen pflegt, hat der „Aktion“ den nachstehenden Text des preussischen Ministers des Innern an die Polizeibehörden mitgeteilt, den wir der proletarischen Öffentlichkeit übermitteln:

Der preussische Minister des Innern.
VI 1420 V 131

Berlin, den 31. August 1920.

Aus den mir vorgelagerten Berichten über die Durchführung der Auflösung des ehemaligen KPD, ersehe ich, daß in mehreren Bezirken neue Vereinigungen gebildet oder in der Bildung begriffen sind, die nach Zeit und Art ihres Entstehens und nach ihrer Zusammensetzung den Charakter ungesetzlicher Fortbestehens des aufgelösten KPD zu tragen scheinen. Eine Angabe darüber, was zur Verhinderung der Gründung und Fortsetzung dieser Vereinigungen vollzogen ist, fehlt indessen in den meisten Fällen. Zur Beseitigung von Zweifeln mache ich darauf aufmerksam, daß die Polizei, sobald begründeter Anlaß zu der Annahme ungesetzlicher Fortsetzung des aufgelösten KPD vorliegt, verpflichtet ist, dieses strafbare Treiben mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln — nötigenfalls auch mit Beschlagnahme, Durchsuchungen und vorläufigen Befehlen (§§ 94 ff., 112 ff. Str.O.) — zu verhindern.

Unter besonderen formalen Auflösung dieser ungesetzlichen Vereinigungen bedarf es nicht. Ich nehme hierzu besonderen Bezug auf Abf. 3 meines Erlasses vom 4. Juli 1920 — II 1420 V —.

Wegen der für die in Frage stehenden Neugründungen gemachten Vereinstätigkeiten verweise ich auf die vom Landesstriminalpolizeiamt (LA) in Berlin herausgegebenen fortlaufenden Mitteilungen.

In Vertretung des Vchrs.

Der vorstehende Erlass datiert zwar vom 31. August, ist jedoch, wie wir von informierter Seite erfahren, auf Grund weiterer besonderer Anweisungen die Grundlage für einen allgemeinen Verfolgungsplan, mit dem die sozialfaschistischen Polizeistrukturen im Oktober gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen eingreifen wollen. Das KPD-Verbot wird dabei als Anknüpfungspunkt aufgefaßt, um weiteren Arbeiterorganisationen zu Leibe gehen zu können. Die ganzen Verfolgungsmaßnahmen sind Vorarbeit für die sozialfaschistisch-reaktionären Pläne, die mit dem neuen Komunistengesetz Severing in die Tat umgesetzt werden sollen.

Die Herren Orzeszkis, Severing und Jürgel sind mögen sich gesagt sein lassen, daß ihre brutalen Ausnahmemaßnahmen an dem eisernen Widerstand der Arbeiterschaft zunichte werden. So wie das „Verbot“ des KPD ein Schlag ins Wasser war, so wird auch jede weitere reaktionäre Maßnahme nur den Haß und die Todeswut der proletarischen Massen gegen den kapitalistischen Staat, das Machtsymbol der Ausbeuter, verhundertfachen. Eines ist aber gewiß: schon bei den Wahlen am 17. November werden die sozialfaschistischen Anschläge der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten die verbliebene Duldung des Proletariats erhalten!

Sinnlos ist dem Verbot des KPD!
Nieder mit dem sozialfaschistischen Geindel!

Vier schlesische Nazi-Ortsgruppen aufgelöst

Nach Schluß der Redaktion erfahren wir, daß der Delegationspräsident von Breslau die Ortsgruppen Breslau, Waldenburg, Schweidnitz und Striegau der Nationalsozialistischen Partei auf Grund der Schweidnitzer Mordeverurteilung aufgelöst hat. Näheres folgt.

Der Lage sei, in bezug auf die Vinderung der Arbeitslosigkeit irgend welche positiven Versprechungen zu machen. Er berichtete von „einem großartigen Plan“ der Regierung über die Beschäftigung der Arbeitslosen, der 44 Millionen Pfund Sterling öffentlicher Gelder in Anspruch nehmen würde. Er bestritt, daß sich die Arbeitslosigkeit seit Juni vergrößert hätte, wogte es aber nicht, zu behaupten, daß es der Labour-Regierung gelingen sei, die Zahl der Arbeitslosen herabzusetzen. Eine stark kritische Einstellung gegenüber der Regierung zeigte sich bei den Arbeiterdelegierten, die einen Vorschlag zur Ablehnung eines Teiles des Berichtes Thomas' einbrachten. Dieser Vorschlag wurde mit einer ganz geringen Mehrheit abgelehnt. Die Annahme des Vorschlages hätte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeutet.

Neue Ueberfälle durch Berliner Nazis

Berlin, 3. Oktober. Wie gemeldet wird, überfielen gestern Nacht in Teget Nationalsozialistische kommunistische Arbeiter, die an einer nationalsozialistischen Versammlung teilnahmen. Die Polizei erbeutete in der nationalsozialistischen Versammlung Gummikugeln, Dolche, Stahlrueten sowie mehrere Pistolen, welche die Nationalsozialisten und Falenkreuzbanditen zum Arbeitermord bereit gehalten hatten. Einige der nationalsozialistischen Strolche hatten die Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht und erhielten die verdiente Abrechnung.

Fer Eiquentkamp in der Breslauer SPD. beginnt wieder

Breslau, 3. Oktober.

Der alte, nur vertagte, Streit um die Futterkrippen, Stadtratseffekt und Stadtverordnetenmandate ist in der Breslauer SPD. erneut ausgebrochen. Einige Gewerkschaftsbürokraten und rechte SPD-Führer, die bei der letzten Wahl zum Teil nicht mehr aufgestellt wurden, zum Teil selbst ausgeschieden, weil sie mit der Auffassung des „linken“ Stadtrats Schramm nicht einverstanden waren, erheben Ansprüche auf eine ganze Anzahl Mandate. Wie veröffentlicht auf der lokalen Seite einen genauen Bericht über die Versammlung, die kennzeichnend für die wachsende politische Verklumpung der Sozialdemokratie infolge ihrer Verhüllung mit dem Staatsapparat und der Magistratsbürokratie ist.

Die ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter werden aus diesen widerlichen Eiquentkämpfen ehrgeiziger Streber und Mandatspolitiker die Konsequenzen ziehen. Sie wissen auf Grund der Erfahrungen, die sie auch mit der „linken“ Stadtverordnetenpolitik in Breslau gemacht haben, daß die Eikein-Krumm und Konjorten sich in nichts von Russert und Kompanie unterscheiden.

Heraus aus der SPD, der Partei der Verklumpung, der Korruption und des Sozialfaschismus. Arbeiter und Arbeiterinnen, bereitet der Partei der Korruption am 17. November eine vernichtende Niederlage.

Amerikanische Polizei mordet Streikende

II. Neuyork, 2. Oktober. In der großen Fabrik der Marion Manufacturing Company in Marion (Nordkarolina) kam es am Mittwoch zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Im ganzen wurden zwei Personen getötet und 13 verletzt. Schließlich griff die Polizei ein und trieb die Streikenden auseinander, wobei sie von Schusswaffen Gebrauch machte. Es wurden umfangreiche Verhaftungen vorgenommen.

Weitere Zusammenstöße in Marion

II. Neuyork, 2. Oktober. Aus Marion (Nordkarolina) wird gemeldet, daß die Streikunruhen weiter fortkauern. Es ist erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern gekommen. So daß die Polizei mehrfach von ihren Schusswaffen Gebrauch machen mußte, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Die Regierung hat größere Truppenaufgebote nach Marion abgeschickt, um Herr der Lage zu bleiben.

Vor der Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen

Ein Erfolg der Sowjet-Diplomaten

Während der Tagung des Parteitages der Labour Party in Brighton — und sicher nicht ohne Zusammenhang mit dem Druck, dem die englischen „Arbeiter“-Minister dort wegen ihrer nicht gehaltenen Wahlversprechungen ausgesetzt waren — wurde in dem nahe gelegenen Städtchen Lewes zwischen dem Außenminister Henderson und dem Vertreter der Sowjetunion, D. G. L. G. L., das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen unterzeichnet. Wie wir schon vor einigen Tagen meldeten, hat Henderson den alten, von Baldwin übernommenen Standpunkt der „Arbeiter-Regierung“, an dem die Just-Verhandlungen gescheitert waren, preisgeben müssen: die beiderseitige Ernennung von Vorschaltern erfolgt sofort und ohne irgendwelche Vorbedingungen, und erst nach erfolgter Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen wird über die strittigen Fragen, darunter die der Handels- und Fischereirechte, der wechselseitigen Schulden, der Propaganda verhandelt werden. Maßgebend für den Rückzug der „sozialistischen“ Agenden des britischen Imperialismus waren zweifellos in erster Linie die Widersprüche, in die sie sich mit ihren Wahlversprechungen verwickelt haben, und das sich daraus ergebende Bedürfnis, wenigstens auf dem Papier eine der vielen Versprechungen zu erfüllen. Und zweifellos denken die Macdonald, Henderson u. Co. daran, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist: sicherlich im Einvernehmen mit ihnen wird sich bei der Wiedereröffnung des Parlamentes eine Opposition der Mehrheit der Konservativen und eines Teiles der Liberalen gegen die Vertiefung mit Sowjetrußland ergeben und der „Arbeiter“-Regierung den erwünschten Vorwand entweder zur Nichtdurchführung des jetzt abgeschlossenen Abkommens oder zumindest zum Hochfliegenlassen der nach Wiederaufnahme der Beziehungen vorliegenden Verhandlungen liefern. Die Mandate ändern sich — die Linie bleibt die gleiche.

Litwinow über die Verhandlungen

II. Moskau, 2. Oktober. Nach Meldungen aus Moskau hat am Dienstag der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion unter dem Vorsitz Rykows eine Sitzung abgehalten, in der der stellvertretende Außenminister Litwinow einen Bericht über die politischen Verhandlungen zwischen D. G. L. G. L. und Henderson ermittelte. Litwinow erklärte, daß die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ein großer Erfolg der Sowjetunion sein würde. Nach der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen bestünde die Hoffnung, daß auch andere wirtschaftliche und politische Fragen geregelt würden. Im Zusammenhang mit dem russisch-chinesischen Streitfall sei die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu England eine große Erleichterung für die internationalen Belange der Sowjetunion. Der Rat der Volkskommissare hat Litwinow das Vertrauen und D. G. L. G. L. den Dank der Partei für seine Verhandlungen ausgesprochen.

Günstige Handelsstatistik der UdSSR.

Moskau, 1. Oktober. Der stellvertretende Handelskommissar Nischtschul gab eine Erklärung über den Außen- und Binnenhandel der Sowjetunion in dem am 1. 10. ablaufenden Wirtschaftsjahre ab, in der er u. a. ausführte: „Der Wert der Ausfuhr über die europäische Grenze betrug in elf Monaten trotz des Getreideexportes und des Rückganges des Exports von Milchprodukten 654 Millionen Rubel, der Wert der Einfuhr 627 Millionen, was ein Plus von 27 Millionen Rubel gegenüber einem Plus von 179 Millionen im Jahre 1927/28 bedeutet. In bezug auf die Getreidebeschaffung hat sich die Lage erheblich gebessert. Im Laufe des Jahres wurden über 900000 Tonnellen Getreideprodukte bereitgestellt. Vorausschätzungen des Ernteertrags von über 36 1/2 Millionen Hektar, gegenüber 15 Millionen im verfloßenen Jahre, für Frühjahrsernten vorweg angeschafft werden. Das System der Normierung mancher Lebensmittel ermöglicht es, die Zubehörgüter mit Lebensmitteln zu versorgen. Die im Bereiche des Handels getroffenen Maßnahmen werden die Möglichkeit gewähren, die Beseitigung der Bevölkerung in dem neuen Wirtschaftsjahre erheblich zu verbessern.“

Parteitag der englischen „Arbeiterpartei“

Demonstration indischer Arbeiter und Studenten gegen die Labourregierung

Brighton (England), 1. Oktober.

Montag wurde unter dem Vorsitz des Transportministers Morrison der Parteitag der britischen Arbeiterpartei eröffnet. Morrissions Rede entwarf — wie man erwartet hat — nur ein schönfärbisches Bild der Leistungen und Aussichten der Regierung der Arbeiterpartei. In seiner Rückschau über die Wahlerfolge erklärte Morrison: „Wir haben die Macht des Reichstums in der Politik in breitem Maße geschlagen.“ Die Außenpolitik der Labour-Regierung, die Haager Konferenz, die Rheinland-Räumung, die Abrüstungsverhandlungen, den anglo-ägyptischen Vertrag, die Palästina-Politik mit inbegriffen, bezeichnete er als „Erfolg“. In bezug auf die Innenpolitik wurde die Arbeitslosigkeit angedeutet und auch die Pläne Thomas' zur Ableitung der überflüssigen Arbeitskräfte nach den Dominionen; doch vermied Morrison sorgfältig, genauere Angaben zu machen. Betreffend der Beschreibungen über den Widerruf des Antigerichtsgesetzes und über die Schaffung eines Gesetzes über den Siebenhunderttag für die Bergarbeiter bemerkte Morrison nur, daß diese Fragen „behandelt werden“. Es wurden Vorlesungen getroffen, um das Eindringen von Kommunisten zum Parteitag zu verhindern.

Eine Anzahl indischer Studenten und Arbeiter fuhr auf Lastkraftwagen durch die Stadt und demonstrierte mit Plakaten und Flugblättern gegen die Politik der Arbeiterpartei, die den Meerut-Prozess führt. Den Genossen Lovell und Dutt gelang es, in den Saal des Parteitages einzudringen und dort Protestrufe zu verlaublichen, worauf sie gewaltsam entfernt wurden.

J. D. Thomas, der „Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, gab heute dem Parteitag der Arbeiterpartei seinen Bericht. Er schilderte die Maßnahmen, die die Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen hatte, mußte aber zugeben, daß er nicht in

Die Arbeitslosen werden dem Verhungern ausgeliefert

Die Tragweite der SPD-Verbrechen

Was geschah in der Reichstagsitzung vom 1. Oktober? Bei den Abmachungen über die einzelnen Paragraphen der Weiskel-Vorlage stimmte die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion brutal für die unmenslichsten Abbaumassnahmen.

Hervorzuhoben sind drei besonders schwerwiegende Maßnahmen:

1. Die Unterstützung soll für Saisonarbeiter während einer berufsüblichen Arbeitslosigkeit nur noch in Höhe der Arznenfürsorgeerlöse erfolgen.

2. Alle Arbeitslosen, die sich zum erstenmal arbeitslos melden, müssen innerhalb der letzten zwei Jahre 52 Wochen lang in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben, widrigenfalls sie keine Unterstützung erhalten. Bisher betrug die Anwartschaft 26 Wochen.

3. Alle Arbeitslosen unter 21 Jahren müssen als Voraussetzung zum Bezuge der Unterstützung in den letzten zwei Jahren 52 Wochen lang in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben. Es ist dabei gleichgültig, ob sie sich zum ersten Male, zum zweiten oder dritten Male arbeitslos melden.

Über die Entziehung der Saisonarbeiter ist schon genug geschrieben worden. Die Tragweite des Abbaues ist zu ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß oft genug die Hälfte der Arbeitslosen überhaupt aus Saisonarbeitern bestand.

Die Verlängerung der Anwartschaft für Jungproletariat ist ein geradezu faschistisch grausame Maßnahme. Es ist doch bekannt genug, wie schwer es heute schulentlassenen Proletariatskindern oder aus der Lehre entlassenen jungen Arbeitern wird, eine ständige Beschäftigung zu finden. Es wird in Zukunft für viele Tausende junger Proletariat unmöglich sein, die Anwartschaftsbedingungen zu erfüllen. Sie werden einfach dem Hunger überliefert.

Für die Gesamtarbeiterschaft bedeutet das die Vergrößerung der Gefahr, daß sich zahllose der Unterstützung beraubte Arbeitslose zu jedem Preis dem Unternehmer als Lohnbrüder anbieten. Das Lohnniveau der Gesamtarbeiterschaft wird weiter gesenkt werden, wenn es ihr nicht durch erhöhte Kampfaktivität gelingt, das Verbrechen der SPD. unwirksam zu machen.

Mit den sozialfaschistischen Verbrechen, die für den Unterstützungsbau stimmten, muß jezt aber im ganzen Reich, in jedem Betriebe eine Generalabrechnung gehalten werden. Die Sozialfaschisten, die den Unternehmern auf dem Wege der Steuererhöhung und durch direkte Subventionen Hunderte von Millionen Mark neu aufzutun wollen, rauben im selben Augenblick dem Arbeitslosen das Stückchen Brot, das er zum Leben bitter notwendig braucht!

Rechnet ab! Nieder mit den Sozialfaschisten!

Deutschnationale Agrarpolitik

Landwirtschaftliche Genossenschaften bekommen kein Geld — Schiebergeschäfte der Raiffeisenbank

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss über den Raiffeisenbankskandal wurde am 1. Oktober der frühere Generaldirektor der Raiffeisenbank, Geheimrat Dietrich, verhört. Dieser Herr war gleichzeitig deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Vizepräsident des Reichstages und Mitglied des Ausschusses der Dresdner Bank. Vor dem Untersuchungsausschuss trat er in der Rolle des Mannes auf, der von nichts weiß und von seinen Mitdirektoren über Ohr gehauen wurde, wobei es schwer war, festzustellen, wo die vorhandene Dummheit aufhört und das Verschweigen der Wahrheit zum Schutze der eigenen Person beginnt. Jedenfalls hat diese deutschnationale Größe im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen bei allen besonders kompromittierenden Punkten erklärt, von nichts gewußt zu haben, nicht unterrichtet gewesen zu sein usw. Inzwischen kam in dieser Sitzung eine Reihe von Tatsachen zur Sprache, welche die Kreditpolitik dieser landwirtschaftlichen Zentral-Genossenschaftskasse (Raiffeisenbank) beleuchten.

Zunächst wurde festgestellt, daß die einzelnen Abteilungen der Raiffeisenbank ihre Leitungen machen konnten, was sie wollten. Besonders die Kreditabteilung. Der Vorstand kümmerte sich erst dann um die Dinge, wenn irgend etwas schief ging. Die leitenden Personen dieser Kreditabteilung, insbesondere der Dr. Lange und der Kassierer Krause, sind nach den bisherigen Feststellungen bestimmt keine sauberen Gestalten. Bei den Kreditgeschäften mit den Privatleuten, also mit den kapitalistischen Schiebern, gab es, im Gegensatz zu den Kreditgeschäften mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften, keine Grenze für die Höhe der Kredite. Die Buchhaltung der Raiffeisenbank wurde bis zum September 1925 in absolut unzuverlässiger Weise von den Revisionen der Revisionabteilung der Bank ausgenommen. Von dem Dr. Lange wurde Ende 1924 festgestellt, daß seine Lebensweise eine solche war, daß sie im Widerspruch zur Höhe seines immerhin ansehnlichen Gehalts von 1500 Mark monatlich stand. Die Direktion der Bank will daraufhin angeblich die Sache untersucht haben, jedoch mit dem Resultat, daß dem Herrn Lange mitgeteilt wurde, daß bei ihm alles in Ordnung gefunden wurde.

Das Entscheidende jedoch sind folgende Feststellungen: Nach den Statuten durfte die Raiffeisenbank nur Kredite an die ihr angeschlossenen landwirtschaftlichen Genossenschaften geben. Soweit

andere Geschäfte gemacht wurden, waren sie nur dann zulässig, wenn sie im Zusammenhang damit eine Förderung der Finanzierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften förderten. Im Gegensatz zu diesen Bestimmungen hat die Leitung der Raiffeisenbank umfangreiche Kreditgeschäfte mit Privatleuten zweifelhafter Art gemacht.

Aber nicht nur das. In den Jahren 1924/25 war die Lage eine solche, daß die Bank durchaus nicht über größere flüssige Mittel verfügte. So kam es, daß die Kredite an die landwirtschaftlichen Genossenschaften sogar eingeschränkt wurden, um die Millionenkredite an Urälzern, Kriebe und andere Schieber geben zu können. Eine Reihe landwirtschaftlicher Genossenschaften, wie z. B. die ostpreussischen, haben sich damals lebhaft beschwert (gleichzeitig schrien und schrien die Deutschnationalen von der Notwendigkeit der Hilfe für die ostpreussische Landwirtschaft).

Von alledem will der Generaldirektor Dietrich nichts gewußt haben. Das habe alles der Direktor Schwarz gemacht. Aber die angeführten Tatsachen kann auch er, Dietrich, nicht bestreiten.

Dem weißgardistischen Schieber Urälzer wurden im April 1925 300 000 Mark Provision für die versprochene Unterbringung eines Aktienpaketes Ostwalle

ausgezahlt, ehe er irgend etwas dafür getan hatte, und ohne daß er das Aktienpaket auch später verkaufte. Generaldirektor Dietrich weiß jedoch von nichts. Dem Leiter einer Bank (Interbank), an die die Raiffeisenbank Millionen Verluste hatte, wurde nach Feststellung der Verluste noch ein Zusatzkredit von 15 000 Mark gegeben zu dem ausdrücklichen Zweck, in Wiesbaden eine angeblich projektierte Heirat durchzuführen, durch die die Verluste gedeckt werden sollten. Als die Raiffeisenbank das Geld zurückverlangte, wurde ihr sogar mit einer Schadenersatzklage für den Fall des Nichtzustandekommens der Heirat gedroht. Von alledem hatte Herr Dietrich nach seinen Angaben nichts gewußt.

Schließlich wurde die weitere Vernehmung des Generaldirektors Dietrich auf Mittwoch vertagt. Auf Antrag der kommunistischen Fraktion wurde beschlossen, dem Ausschuss noch eine Reihe weiterer Dokumente zur Aufklärung der Zusammenhänge zur Verfügung zu stellen.

ber immer härter werdenden Aktivität der faschistischen Arbeitermörder alle Kräfte einsehen und in jedem Betrieb Abwehrorganisationen gründen. Sie wird Augen und Ohren offen halten, um die faschistische Mordpolitik, die durch die Unfähigkeit und Passivität der Polizei begünstigt wird, mit Stumpf und Eisen auszurotten.

An die Beuthener verantwortlichen Polizeibehörden richten wir gleichzeitig vor der gesamten Arbeiterschaft die Frage, was sie bisher getan hat, um die Besitzer der Munition zu ermitteln.

Zehn Jahre Kommunistische Partei Amerikas

New York, 2. Oktober. In überfüllter Massenversammlung wurde der 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei feierlich begangen. Viele Gewerkschaften und andere Organisationen begrüßten die Versammlung. Es sprachen die Genossen Foster, Bedacht, Minor und Weinstein sowie Vertreter der Textilarbeiter, der Regier, der Frauen, der Bergarbeiter der Jugend usw.

In Amerika werden Mörder freigelassen

Charlotte, 2. Oktober. Die Untersuchung und das Verhör über den Mord an der Arbeiterin Ella Higgins sind auf den 15. Oktober verschoben und werden erst nach dem Prozeß gegen die 13 Angeklagten vorgenommen werden. Der Mörder von Ella Higgins, der bloß wegen schwerer Körperverletzung angeklagt ist, ist gegen Kaution freigelassen worden.

Der internationale Kampf gegen den Kommunismus

Paris, 2. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Genossen Paul Janh und Dengs, Redakteur und Geschäftsführer der „Humanité“, sind zu drei Jahren Gefängnis wegen Aufreizung zur Verweigerung des militärischen Gehorsams verurteilt worden.

II. Stockholm, 2. Oktober. Es bestätigt sich, daß es der Stockholmer Kriminalpolizei gelungen ist, einen der gefährlichsten bolschewistischen „Aufwiegler“ festzunehmen. U. a. hat der Verhaftete, der sich Jult nennt, alias Bornowitsch, und sich als Ukrainer ausgibt, den Streik der Omnibusangestellten geleitet, der seit mehreren Wochen in Stockholm Anlaß zu schweren Ausschreitungen gegeben hat.

Trotz Maßregelungen und „Gäuberung“

die Opposition wieder die stärkste Fraktion auf dem Bochumer Verein

Die Betriebsratsneuwahl auf dem Bochumer Verein hatte folgendes Ergebnis:

Rote Betriebsräte	2892 Stimmen (im März 3052)
Reformisten	2474 Stimmen (im März 2432)
Christen	1149 Stimmen (im März 1273)
Gelbe	464 Stimmen (im März 381)
Schwarze	0 Stimmen (im März 112)

Die Gesamtbelegschaft war gegenüber dem März um 400 Mann geringer. Insbesondere im Geschloßbau und Röhrenwalzwerk war der Betrieb dabei „kommunistenrein“ gemacht worden und fast alle revolutionären Arbeiter entlassen. Demgegenüber rückten 400 Jungarbeiter, die leider von der Opposition noch nicht genügend beeinflusst sind, in die Zahl der Wahlberechtigten ein. Statt 21 waren diesmal nur 20 Betriebsratsmitglieder zu wählen. Die Wahlbeteiligung war geringer. Am günstigsten schnitt die Opposition in den bestorganisierten Abteilungen ab.

Wieder ein Munitionsfund in Beuthen

Der Besitzer des Granatensagers immer noch nicht festgestellt

(Arbeiterkorrespondenz)
In der Großen Blottnigstraße wurde auf dem Boden des Hauses von einer Frau in einer Kiste eine Eierhandgranate gefunden, die von der politischen Polizei beschlagnahmt wurde. Die „tüchtige“ Kripo, die, wie überall, so auch in Beuthen die Kommunisten bespitzelt, konnte angeblich den Besitzer nicht feststellen. Diese „Tüchtigkeit“ überläßt uns nicht. Vor längerer Zeit berichteten wir bereits, daß in Beuthen ein Lager schwerer Munition aufgefunden wurde. Die Polizei hüllte sich in Schweigen,

obwohl es sich um sehr beträchtliche Funde, die in einem Grundstück beim Schlachthof lagerten, handelte. Bis heute sind die Besitzer des Grundstücks noch nicht festgestellt. Die oberchlesische Arbeiterschaft wird angeführt

Wem „zollt“ ein Sozialdemokrat Achtung?

Den Deutschnationalen, der Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten — aber nicht den Kommunisten — Adam Kemmele desabonniert sein eigenes Parteiblatt

In einer Rede hat der sozialdemokratische badische Ministerpräsident Adam Kemmele sich auch über sein Verhältnis zu den Führern der anderen Parteien ausgesprochen. Dabei soll er, nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Volkswacht“, erklärt haben, er habe

keine Achtung vor den Führern der Volkspartei, der Galenkreuzler und der Kommunisten.

Dadurch fühlten sich die volksparteilichen Führer auf die Füßteraugen getreten, und der volksparteiliche Führer Dietrich fragte erregt den Herrn Kemmele, ob das wahr sei.

In seiner Antwort an diesen Führer der industriellen Reaktion bittet der Sozialdemokrat den und mehmtütig um Verzeihung. Diese Antwort ist so unglücklich, daß wir sie unseren Lesern wörtlich bringen wollen:

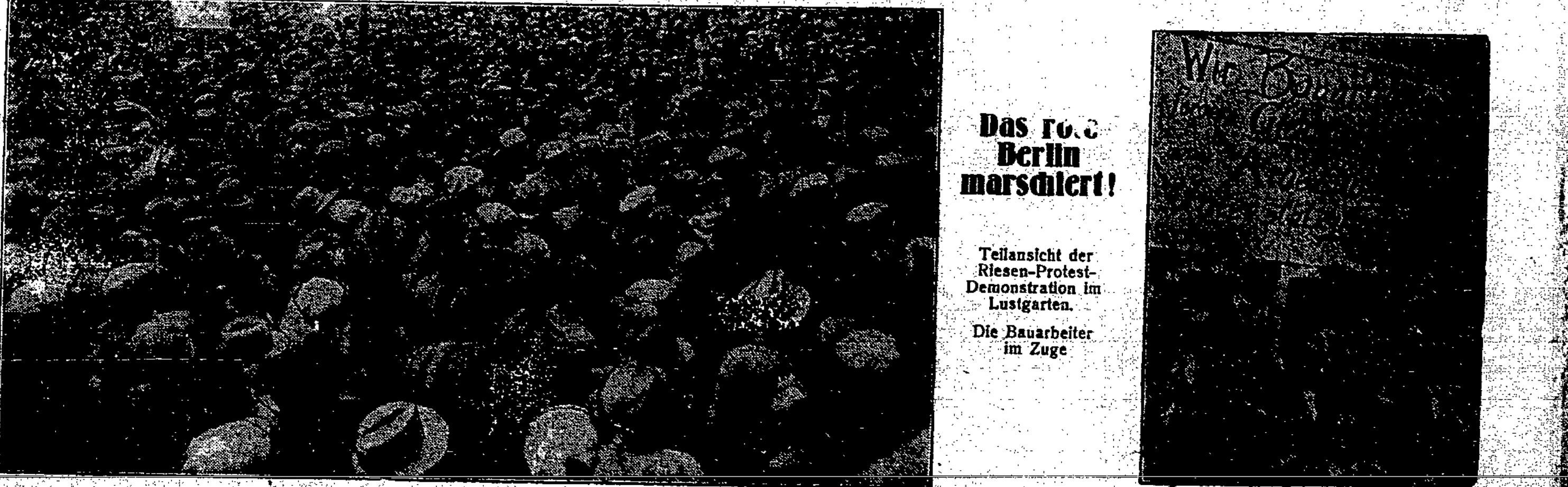
„In der „Breisgauer Zeitung“ apostrophieren Sie mich, weil ich in einer Rede zu Emendierungen gegen die Führer der Deutschen Volkspartei verlebende Bemerkungen gemacht haben soll. Wäre dies so gewesen, dann hätten Sie völlig recht. So aber war es nicht. Ich führe aus, die Gegensätze der Parteien und der natürliche Gegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat seien eine völlig unpersonliche Sache.

Ich habe Achtung vor allen Führern der anderen politischen Parteien, vor allem vor dem Führer des Zen-

trums, Dr. Schofer, und dem der Demokratischen Partei, Dr. Glöckner. Diese meine Achtung erstreckt sich auch auf die Führer der Oppositionsparteien, so auf Herrn Dr. Mayer von der Deutschnationalen Partei und die Herren Mattes und Dr. Obkircher von der Deutschen Volkspartei. . . Nicht zollen kann ich diese Achtung der . . . Kommunisten und Nationalsozialisten . . .“

Sie sollten sich beim Lesen des Versammlungsberichtes in der „Volkswacht“ wohl selbst gesagt haben, daß ich eine so deplazierte Bemerkung unmöglich gemacht haben konnte. Und mein, von Ihnen aufgestelltes Sündenregister hätten Sie dann für schwerere Zeiten aufsparen können. So ein fanatischer Parteigänger, der nicht über den Parteisaum hinausschauen kann oder darf, bin ich gar nicht, auch sind wohl, wie Sie doch wissen müssen, meine Umgangformen gar nicht so ruppig, um eines solchen Verlehrsstones fähig zu sein.“

Dieser Sozialdemokrat erklärt ganz schamlos, daß er nur Achtung vor Vertretern der Ausbeuterklasse habe, daß er dagegen die Kommunisten, d. h. die revolutionären Arbeiter, verachte. Wir wollen dazu nur sagen, daß wir auf diese Einschätzung durch den Mann, der das Leben vieler badischer Arbeiter auf dem Gewissen hat, stolz sind. Die badische Arbeiterschaft wird sich über diese Erklärung des Sozialdemokraten Adam Kemmele merken und sie nicht vergessen.



Das F.G. Berlin marschiert!

Teilansicht der Riesen-Protest-Demonstration im Lustgarten. Die Bauarbeiter im Zuge

Der Fall Sklarek

Eine Erklärung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg

Von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg wird geschrieben:

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse werden mit dem großen Sklarek-Vertrugsandal auch die kommunistischen Schuldigen Gabel und Degener in Verbindung gebracht. Die Bezirksleitung hat demnach sofort eine Untersuchung vorgenommen und dabei folgendes festgestellt:

„Beide Genossen trifft an den Betrügereien der Sklarek nicht das mindeste Verhängnis, sie haben auch nicht etwa durch irgendeine Fahrlässigkeit die Betrüge- reien ermöglicht.“

Der Genosse Gabel hat als Dezernent des Magistrats im April d. J. die Verlängerung des Verlehnungsvertrages mit dem Sklarek bis zum Jahre 1926 abgeschlossen, der noch die Unterschrift von Clara Bogl (Sozialdemokratin) und Benseke (Deutsche Volkspartei) trägt. Die kommunistische Partei hat entsprechend ihren kommunalpolitischen Grundthesen diesen Vertrag bestätigt. Seine Verlängerung wurde von dem Genossen Gabel vorgenommen, ohne die Fraktion und die Partei vorher zu befragen oder in Kenntnis zu setzen. Dieses Verhalten des Genossen Gabel wurde von der Bezirksleitung auf das Schärfste verurteilt, was bei ausdrücklicher Feststellung wird, daß die Verlängerung des Vertrages mit dem Vertragskandidat in keiner Beziehung steht.

Der Genosse Degener hat nach seinen Angaben seit Juli 1920 private Beziehungen mit einem der Brüder Sklarek unterhalten, die sich auf gegenseitigen gesellschaftlichen Verkehr erstrecken. Degener erklärte, daß ihm jetzt, nach diesem großen Betrugsandal, dieser Verkehr im „anderen Lichte“ erscheine, als er ihn bisher angesehen habe. Er hat die Möglichkeit in seiner Eigenschaft als Stadtrat mit dem Sklarek nichts zu tun gehabt. Eine bei ihm vorgenommene amtliche Untersuchung habe keine Anknüpfung ergeben.

Die Bezirksleitung steht in diesem Verkehr des Genossen Degener als kommunistischer Funktionär mit dem Sklarek als Vertreter der Stadt Berlin ein die Partei schädigendes und unproletarisches Verhalten und hat ihn deshalb aufgefordert, sofort sein Amt als be- sonders Stadtrat und sein Stadtvorordnetenmandat niederzulegen.“

Die vorstehende Erklärung der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands zeigt den klaren Unterschied zwischen der SPD als proletarischer Partei und den Korruptionsparteien der Bourgeoisie und Sozialdemokratie. Die jämmerlichen Versuche der am Sklarek-Standard beteiligten bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, ihre Korruption durch trübe und verlogenere Anwürfe gegen die Kommunisten zu verschleiern, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Fehler, die bei der kommunistischen Partei dazu ausreichen, eine so ernste Maßnahme wie im Falle des Genossen Degener zu beschließen, oder das Verhalten des Genossen Gabel auch scharf zu beurteilen, würden in der Sozialdemokratie oder einer bürgerlichen Partei überhaupt nicht als Fehler aufgeführt oder zum Anlaß genommen werden, auch nur einen Vorwurf daraufhin zu erheben.

In den Reihen der kommunistischen Partei herrschen andere, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Korruptionsideologie trotz entgegengegesetzter Auffassungen. Alle Beleidigungen gegen Mitglieder der SPD durch verlogene Presseangriffe der Sozialdemokratie und Bourgeoisie, als hätten sie direkt oder indirekt, und sei es nur aus Fahrlässigkeit, die Sklarek-Vertrüge ermöglicht, erweisen sich lediglich als plumpe Ablenkungsmanöver der erlittenen Schuldigen. Die kommunistische Partei führt ihren Kampf gegen den Sklarek-Korruptionskumpel im roten Haus mit unerbittlicher Schärfe. Sie wird der bürgerlichen und sozialdemokratischen Journaille nicht gestattet, durch halbe Verdächtigungen die unauflösbare Tatsache zu verdunkeln, daß an dem Korruptionsandal und den Betrügereien der Sklarek kein einziger Kommunist irgendwie beteiligt ist, wohl aber Sozialdemokraten, zu deren Mitgliedern die Sklareks zählten, Demokraten und Deutschnationalen sowie vor allem die Deutsche Volkspartei, deren Bürgermeister Scholz die Hauptschuld an den jetzigen Verbrechen zur Verteilung des Standards trägt!

Ausschluss Degners

Die Bezirksleitung der SPD, Berlin-Brandenburg, hat in ihrer Sitzung vom Dienstag, dem 1. Oktober, das frühere Parteimitglied Gustav Degener aus der Partei ausgeschlossen. Der Grund für diesen Beschluß ist der schwere Disziplinbruch Degners, der sich zeigte, als ihm von der Partei übertragene Stadtratsamt und Stadtvorordnetenmandat niederzulegen, als die Partei ihn wegen seines unproletarischen und parteischädigenden Verhaltens durch Innehaltung gesellschaftlicher Beziehungen mit dem Sklarek zu dieser Niederlegung aufforderte. Von einer angeblichen „politischen Opposition“ Degners, über die der „Korax“ in seiner Abendausgabe Vermutungen anstellt, ist der Bezirksleitung nie etwas bekannt worden.

Der Ausschluss Degners aus der Partei ist angesichts der schweren Verbrechen, die Degener sich zuschulden kommen ließ, eine glatte Selbstverständlichkeit. Wenn Degener jetzt nachträglich in Presse- erklārungen in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse den Versuch macht, seinen Verkehr mit dem Sklarek zu beschönigen, so zeigt das ebenso wie seine Belagerung, den Beschluß der Partei über seine Amtsniederlegung durchzuführen, daß kein unproletarisches Verhalten in den Beziehungen zu dem Schiedsmann Sklarek im Zusammen- hang mit einer allgemeinen politischen und moralischen Untertun- gung steht.

Neues Verlehnungsmaterial gegen die Sklarek beschlagnahmt

In Berlin, 2. Oktober. Auf Veranlassung von Staatsanwalt- schafsrat Dr. Weisenberg haben am Mittwoch nachmittags neue Durchsuchungen in den Räumen der Kleidungsüberwertungsge- sellschaft in der Kommandantenstraße 80/81 in Berlin stattgefunden. Die

Millionenziffern der Reichsbahn AG.

Die frühere Deutsche Reichsbahn, das größte staatliche Unter- nehmen, ist im Jahre 1924 durch das Eisenbahngesetz, dem die bürger- lichen Parteien einschließlich Sozialdemokraten die Zustimmung gaben, ein privatskapitalistischer Betrieb geworden. Durch Personalabbau und übermäßig lange Schinderelei werden Millionenprofite geschnitten. Wir lassen dazu einige authentische Zahlen folgen:

Der Personalbestand bei der Reichsbahn-Gesellschaft betrug im Monat Juni insgesamt 741 734 Mann. Dabei sind mit enthalten 33 170 Bahnschulpflichtige. Der Personalbestand ist also im Vergleich zum Monat Mai gestiegen. Im Mai waren beschäftigt: 672 010 Köpfe und 56 494 Zeit- und Ausfallsarbeiter, zusammen 728 494 Köpfe. Die Finanzlage der Reichsbahn-Gesellschaft gestaltete sich im Mai wie folgt:

I. Einnahmen:	
1. Personen- und Gepäckerkehr	136 652 000 M.
2. Güterverkehr	282 797 000 M.
3. Sonstige Einnahmen	82 085 000 M.
zusammen 451 534 000 M.	
II. Ausgaben:	
1. Für Betrieb und Unterhaltung:	
a) Persönliche Ausgaben (ohne Löhne der Bahnunterhaltungs- und Werkstätten- arbeiter)	197 156 000 M.
b) Sachliche Ausgaben (einschließlich Löhne der Bahnunterhaltungs- u. Werkstätten- arbeiter)	107 998 000 M.
zusammen 305 154 000 M.	
2. Für Erneuerung der Reichsbahn-Anlagen	65 504 000 M.
Zusammen Ausgaben der Betriebsrechnung 373 658 000 M.	

Sichtung des bisher beschlagnahmten Materials und die Aussagen der Angestellten der RBG., die man in den letzten Tagen zu den Fragen über den Geschäftsbetrieb der Firma Wehr Sklarek gehört hat, hatten ergeben, daß die Polizei bisher noch nicht alle Geschäftsbücher und Schriftstücke in Besitz hatte. Die Vermutung, daß man in diesem Schrank noch bedeutendes Material finden würde, bestätigte sich auch in der Tat. Die Bücher werden jetzt durch den von der Staats- anwaltschaft hinzugezogenen vereidigten Bücherrevisor Graba einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, die sich notwendigerweise in die nächsten Tage erstrecken wird. Trotz der Beschlagnahme dieser weiteren Geschäftsbücher soll der Geschäftsbetrieb der RBG. keinerlei Beschränkung erfahren. Die Prüfung der Bücher wird in den nächsten Tagen der RBG. vorgekommen.

Der Geheimrat der Sklarek, Lehmann, der nach neueren Feststellungen der Polizei auch Geschäfte für eigene Rechnung gemacht haben soll, erklärt, daß er die Auftragsarbeiten der Stadtkämmer- reien auf Veranlassung seiner Chefs gesamt hat. Er will sogar die Gebr. Sklarek darauf aufmerksam gemacht haben, daß doch dieses Verfahren sehr leicht bei der Stadtkämmer durch Nachfrage bei den Stadtkämmerern enttellt werden könnte, und behauptet weiter, daß die Gebr. Sklarek ihn jedesmal mit der Bemerkung beruhigt hätten, daß sie die volle Verantwortung dafür übernehmen werden. Es ist ihm gesagt worden, daß die Abdeckung der Kredite, denen keine Waren- lieferungen gegenüberstünden, durchaus nicht so schwierig sein würde, weil ja das große Vermögen, die Grundstücke, die Kennzettel usw. volle Sicherheit bieten würden. Lehmann habe auch selbst niemals die Procura für die Firma Sklarek gehabt, also gar nicht gegenüber der Stadtkämmer eigenmächtig handeln können.

Der Konkursantrag gegen die Firma Sklarek bleibt bestehen

In Berlin, 2. Oktober. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat beschloß, im Einvernehmen mit dem Ver- waltungsrat der Stadtkämmer, den Konkursantrag gegen die Firma Sklarek bestehen zu lassen, da bei der Unklarheit über die Höhe der Kreditoren und des Status, wie sie in der Gläubigerversammlung erneut zur Sprache trat, dieser Weg geboten erscheint.

3. Dienst der Reparations- schuld- beschreibung:	
a) Verzinsung der Reparations- schuldverschreibungen	41 870 000 M.
b) Gehörmäßige Tilgung	9 872 000 M.
4. Dienst der neuen Schuldverschrei- bungen und Anleihen	588 000 M.
5. Feste Lasten:	
a) Rückstellung für die gesetzliche Ausgleichs- rücklage	9 031 000 M.
b) Rückstellung für Betriebsrechts- abschreibung	2 500 000 M.
c) Rückstellung für Vorzugsdividende	6 808 000 M.
zusammen 446 820 000 M.	

Die Gesamteinnahmen im Mai waren also um 21 000 000 Mark höher als im April dieses Jahres.

Diese Zahlen beweisen den Millionenumsatz und -profit der Reichsbahn-Gesellschaft. Dabei muß man bedenken, daß der General- direktor ein Jahresgehalt von etwa 200 000 Mark hat, und daß die 18 Verwaltungsratsmitglieder gleichfalls Bombengehälter beziehen. Die Arbeiter und unteren Beamten, die diese Millioneninnahmen er- zeichnen, müssen wochenlang einen Prozeß um einen Pfennig Lohn- erhöhung führen, weil die reformistischen Gewerkschaftsführer keinen Kampf gegen diese Ausbeuter führen wollen. Sie gehen lieber dem Schamfacher Dorpmüller zum Geburtsstag gratulieren. Er ist nach ihrer Meinung der, der „den Posten, auf dem er gestellt ist, gut aus- füllt“. Schöffel und Dorpmüller gehören zusammen, die Eisenbahner- tallegen müssen ihnen den schärfsten Kampf ansagen.

ANNA

IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande

DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Es klingt ein bisschen ungewöhnlich, daß ein Bäckermeister die Minutagen für den ganzen Staat liefert, aber solcher Fälle gab es mehr als du ahnst. Dein Bruder hat sich wohl über die Zahl sehr ge- wundert und hat im ersten Augenblick nicht gewußt, was er damit anfangen sollte. Aber es ging. Ihr habt jähnel eine Gesellschaft für den Handel mit Feuerlöschapparaten gegründet und sie „Feuerlösch“ genannt. Du, dein Bruder, ein Apotheker, namens Rehal und der Architekt Weigel. Die beiden letzteren haben das Geld gegeben — du warst stiller Gesellschafter. Ihr habt in Deutschland große Bestellungen gemacht und habt das Geld zu 60 Mark geliefert. Um sechs Mark fünfzig teurer als die Konkurrenz. Sie waren besser, ich zweifle nicht daran, aus besserem Material gemacht und von größerer Haltbarkeit. Die wollen annehmen, daß diese 60 Mark den Reinverdienst dar- stellen. Wenn du diesen Betrag mit zwanzigtausend multiplizierst, kommst du auf weit über 100 000 Mark. Die Summe mußte durch vier geteilt werden, also rund dreißigtausend Mark für jeden Teil- haber. Das ist zwar kein Reichtum, aber es ist ein kleines Vermögen, das zur wirtschaftlichen Befriedigung, oder wie wir Politiker sagen, zur „Staatsbeschäftigung“ langt. Der Abgeordnete Jandal war uns dieses Geld wert. Wenn der Feuerlöschapparat noch um zwei Mark fünfzig teurer gewesen wäre, wir hätten ihn trotzdem gekauft. Aber damit hat der Abgeordnete Jandal eine Verpflichtung auf sich ge- nommen, zumindest die Verpflichtung, und nicht zu schaden. Erfüllt er sie, so sind wir bis zum Tode gute Freunde, erfüllt er sie nicht, bleibt nur der Kampf.“

Der Ministerdirektor schloß eine Zeilung, dann fuhr er fort: „Sieh mal, Karl, du sagst, daß eure Apparate besser waren. Ich glaube es.“

Er trat zum Schreibtisch, nahm einen vollen Koffer aus der Tasche, setzte sich wieder und las:

„Wir haben über die Feuerlöschapparate ein Gutachten eingeholt. Ich will dir die Wahrheit sagen, vor 14 Tagen, als der Kampf mit dir unaussprechlich lagen, Ich verrate dir noch mehr. Wir haben dem Sachverständigen zu verstehen gegeben, daß es uns lieb sein würde, wenn das Urteil so günstig wie möglich wäre. Hier ist es. Es fängt folgendermaßen an:

„Die Feuerlöschapparate „Feuerlösch“, die uns vorgelegt wurden, sind von schlechtester Qualität, und, falls sie nicht ganz wertlos sind, sind sie zumindest erheblich weniger wert als andere Fabrikate.“ — Dann kommt Materialprüfung, chemische Zusammensetzung usw., du verstehst jedenfalls ebenso wenig davon wie ich. Der Schluß lautet:

„Falls für den Feuerlöschapparat im Vorjahre 60 Mark bezahlt wurden, dann ist er mindestens mit 30 Mark überzahlt worden.“ — Dann wäre euer Verdienst allerdings noch größer gewesen.“

„Das ist eine Lüge, eine gemeine Lüge!“ schrie Jandal.

„Ich bin auch überzeugt, daß das Gutachten tendenziös ist, aber zwei Sachverständige haben es unterschrieben, und das darf bür- gen. Weißt du, was es bedeutet, wenn wir das veröffentlichen würden?“

Der Abgeordnete rauchte schon die dritte Zigarette aus der Dose, die vor ihm stand. Er hatte längst vergessen, daß es Regierungs- zigaretten waren.

„Das ist unerschrocken, ich werde sie verfluchen!“

„Du wirst sie nicht verfluchen, ich brauche dir wohl nicht zu sagen, wie der Prozeß politisch enden würde, auch wenn du ihn juristisch gewinnst!“

Jandal sprang auf. Er war bleich.

„Ihr seid Bestien, ihr seid menschliche Bestien!“

„Wir sind es nicht, Karl. Wir beschützen nur die Sache der Republik, und die ist uns heilig.“

„Was willst ihr denn von mir?“ brüllte Jandal.

„Sei still, Karl!“

Der Ministerdirektor brüllte ihn auf den Stuhl zurück.

„Was wollt ihr von mir?“

Der Ministerdirektor hauchte eine Weile schweigend da, dann sagte er ernst und gemessen:

„Wir verlangen, daß du innerhalb einer Woche im „Volksrecht“ einen von dir unterschriebenen Artikel gegen den Bolschewismus er- scheinen läßt.“

„Nicht erschiele ich mich!“

Der Ministerdirektor packte die Taschen:

„Dann heraufkommen wie das Gutachten und die Photographie aus der „Goldenen Spinne“. Sie hängen zwar nicht miteinander zu-

ammen, aber die öffentliche Meinung wird sich den Zusammenhang schon konstruieren. Falls es notwendig ist, werden wir gegen die Gesellschaft „Feuerlösch“ Strafanzeige wegen Betruges erstatten.“

Vor den Augen des Abgeordneten erschien plötzlich der Gerichts- saal mit seinem neugierigen Publikum, dem Kleinbürgerlichen Aus- sehen der Geschworenen und dem herausfordernden Lachen des Staatsanwalts; nur für den Bruchteil einer Sekunde, denn über ihm standen zwei Augen, die ihn unaussprechlich anfaßen; die Augen des Ministerdirektors Bobrady blieben kalt und ruhig.

„Also doch die Photographie“, lachte er auf, „auf dein Ehren- wort kann man sich verlassen!“

Die kalten, blauen Augen antworteten: „Ich wäre ein schlechter Diener des Staates, würde mir mein Ehrenwort mehr bedeuten als mein Wohl. Im übrigen habe ich mein Wort im besten Glauben ge- geben und bleibe dabei. Die Photographie wird nicht veröffentlicht, und zwar deshalb, weil du keinen anderen Ausweg hast, als dich zu unterwerfen!“

„Nein, ich erschiele mich!“

Der Abgeordnete Jandal sagte es ruhig und er stand ruhig auf. Im Zimmer wurde es still. Im ganzen Palais war es still. Die Amtsstunden waren beendet und außer ihnen und dem Portier war niemand im Hause.

Die Fenster führten in den Garten des Fürsten Rohan. Der Garten war leer. Der Ministerdirektor saß am Schreibtisch und blickte vor sich hin.

Der Abgeordnete Jandal ging ruhigen Schrittes auf dem Teppich auf und ab. Denn blieb er vor dem Beamten stehen:

„Ich erschiele mich!“ sagte er. Es klang fest und Überzeugend.

Der Ministerdirektor blickte dem Abgeordneten in die Augen, die nicht zur Seite wichen. Er antwortete erst nach kurzer Zeit. Dann sagte er mit seiner ruhigen, höflichen Stimme:

„Ich habe eben über diese Möglichkeit nachgedacht. Auch in diesem Falle wird der Bredel erreicht. Es geht um den Bürgerkrieg. Auge um Auge. In solcher Gefahr darf man vor dem Leben des einzelnen nicht zurückweichen. Wenn wird dein Tod nützen? Nie- mandem, außer uns, deinen politischen Gegnern. Du wirst die Familie unglücklich machen und die Arbeiterklasse wird einen Helfer verlieren, wie sie wenige hat. Wir schlagen dir den einzig möglichen Weg vor. Du wirst den Artikel schreiben.“

„Nein!“

(Fortsetzung folgt.)

verantwortlich für Obersten Gerhard Schula, Steinweg, für den gesamten übrigen Inhalt Alfred L. Hama, Berlin.

Meisterpolitik in SPD-Funktionärsitzung

Schlein predigt Einigkeit - Siegler führt alle Befehle des Parteivorstandes durch - Scheinopposition der „Linken“ gegen die „rechten“ Bürokraten - Und die Arbeiter?

Alles in die Partei-Mitgliederversammlungen!

Stadteil Nordost: Zelle 1 und 2 Donnerstag 20 Uhr bei Ka... Bierstraße, Hirsch-Ecks Bäckstraße, Zelle 3 und 4 Freitag 20 Uhr bei Molsig, Uferstraße.

Stadteil West: Donnerstag 19.30 Uhr im „Anglorheim“, Leuthen... straße, Funktionäre eine Stunde früher.

Stadteil Nord: Zelle 1 Freitag 20 Uhr bei Sander, Ballistaf... straße 6, Zelle 2 bei Nitsche, Jägerstraße 2, Zelle 3 bei Nitsche, Adlerstraße 10.

Stadteil Zentrum: Freitag 20 Uhr bei Arndt, Malergasse 27.

Stadteil Ost: Freitag 20 Uhr im „Webskytschloß“, Funktionäre eine Stunde früher.

Mitgliedsbuch oder Karte ist als Ausweis mitzubringen. - Tages... ordnung: Stellungnahme zu den Kommunalwahlen.

Mit dem Seitengewehr angefallen

Gestern Mittwoch gegen 17 Uhr kam es am Königsplatz zu einem Kampf zwischen zwei Polizeibeamten und zwei jungen Arbeitern. Der eine der Beamten zog sein Seitengewehr und... legte mit diesem einen der Arbeiter am Kopfe nieder.

Wer beteiligt sich an einem Sprechchor

Für die „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur und moderne Volkserziehung“ - über deren Gründung wir gestern berichteten - wird der bekannte Schauspieler Martin Wolfgang von den Vereinten Theatern, einen Sprechchor bilden, der in den nächsten Monaten bei großen kulturellen Anlässen in Aktion treten soll.

Defen in Ordnung bringen

Der Magistrat teilt mit: In den letzten Jahren und besonders im letzten Winter ist eine sehr erhebliche Vermehrung der Ofenexplosionen und der Brandschäden eingetreten, deren Ursache aus schlechten Zustand oder falscher Bedienung der Defen zurückzuführen waren.

Heraus aus den bürgerlichen Vereinen

In Deutsch-Lissa vergeht kein Sonntag, an dem es nicht im bürgerlichen Sportverein zu Schlägereien kommt. So wollte am letzten Sonntag der Schiedsrichter des Spielers W. Jung vom Plage weichen, worauf dieser ihm eine Ohrfeige verabreichte mit den Worten: So, jetzt werde ich den Platz verlassen.

In das Polizeigefängnis eingeliefert wurden

59 Personen, darunter wegen: Raubes 1, Brandstiftung 1, Einbruchdiebstahl 6, einfachen Diebstahls 12, Fahrzeubiebstahls 1, Taschendiebstahls 1, Unterschlagung 3, Eillichkeitsverbrechens bzw. Vergehens 1, Weiteins und Arbeitsheute 15, Groben Unfugs 1, Siechbrieflich Geschäfte 2, Schuppst 11, Zuwiderhandlungen gegen die Post- und Meldebefehlschriften 7.

Fundfächer. Nach dem Schluß des Sommerbetriebes sind sämtliche Fundfächer aus dem Stadlonbad und dem Strandbad Leerbeutel in der Stadlonverwaltung zusammengefasst. Die Fundfächer werden bis zum 15. Oktober dort (geöffnet 8-20 Uhr) zur Abholung bereitgehalten. Nach dem 15. Oktober werden die Wertgegenstände (Schmuckgegenstände, Uhren, Handtaschen usw.) an das städtische Fundbüro abgegeben.

Die städtischen Warmbäder I bis VI sind vom 6. Oktober ab an den Sonntagen von 8 bis 12 Uhr (statt wie im Sommer von 7 bis 11 Uhr) geöffnet.

Gewerkschaftshaus-Bücherei. In dieser Woche zeigen die Gewerkschaftshaus-Bücherei den Film „Geschichte in Fesseln“ Erschütternd wirken die Bilder aus den Schicksalen der Gefangenen. Barbärisch und widersinnig ist die Methode, die Gefangenen zur Abtötung ihres natürlichen Lebens zu zwingen, widersinnig in der Zeit, wo der größte Teil der Gefangenenmassen von der heiligen Wirtschaftsordnung jermalmal wurde.

Schauspielhaus. Die Revue „Die verfluchte Liebe“ mit dem Gastspiel der drei Fratellini, die am Eröffnungstage mit großem Beifall quittiert wurde, gelangt am Abend 20 Uhr zur Aufführung.

Breslauer Volkshilfswort. Zu der letzten „Wallenstein“-Aufführung am Sonnabend erhalten alle Mitglieder in der Geschäftsstelle Albrechtstraße 32 Gastkarten zum Einheitspreis von 1,85 Mark.

Die Abrechnung

der Mitgliedsbeiträge muß bis zum 8. Oktober von allen Ortsgruppen an die BL. eingeschickt werden

Am gestrigen Mittwoch fand in den „Zentralräumen“ eine Funktionärsitzung der Breslauer Sozialdemokratischen Partei statt, die von etwa 450 Funktionären besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Aufstellung des Kandidaten zum Stadtparlament und zum Provinziallandtag. Die Sitzung nahm folgenden Verlauf: Es ist festzustellen, dass die vom erweiterten Parteivorstand vorgeschlagene Kandidatenliste vor. Auf der Liste stehen alle die „rechten“ und „linken“ Leute, die schon jetzt im Stadtparlament sitzen.

Unter den 45 Namen waren auch die Namen der neun Stadtverordneten zu finden, die seinerzeit ihre Mandate niedergelegt hatten. Vogel sagte, die neun bezeugen ihre Mandatsübertragung, die Partei möchte sie doch wieder aufstellen. Siegel und andere Diskussionsredner polemisierten heftig gegen Vogel.

Alle Mitglieder doch nicht gefragt werden und es sich lediglich um einen Personentausch handle.

In der weiteren Diskussion, die oft von Zwischenrufen und Zusammenstößen begleitet war, wurde dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht, daß er auf die Meinungen der Mitgliedschaft keine Rücksicht genommen habe. Sommer stellte fest, daß sich 20 Distrikte gegen eine Aufstellung der neun ausgesprochen haben. Siegel ergänzte, daß es nicht 20, sondern 34 gewesen sind. Diese Feststellungen lösten große Unruhe aus. Es wurde schließlich die Vorlesung der in den Distriktsversammlungen gefassten Resolutionen verlangt. Das wurde von Siegel, im Parteiinteresse (1) verweigert. Julius Weich, ein auch Arbeiter, der nur einige Monate das Glück hatte, Gewerkschaftsangehöriger zu sein, versuchte noch einmal, eine Lange für Weisse u. Co. zu brechen. Er wurde mit Hochgelächter empfangen und nicht ernst genommen.

Ala H. gewesen ist, der im Falle der Nichtwiederaufstellung der neun mit einer eigenen Liste gedroht hat.

Nachspiel zur „Wuwa“

Magistratsbaurat fürs Lychnen

Der Muster-Nationalist Reismüller stellt Strafantrag wegen „Beschimpfung der Republik“ - Daneben ist er noch für Ausbau des Republikstuhls

Eine sehr amüsante Verhandlung spielte sich gestern im Zimmer Nr. 182 des Amtsgerichts ab. Ihr zugrunde lag der Zwischenfall, der sich am 15. Juni bei der Eröffnung der „Wuwa“ abgespielt hatte. Die im Auftrage der Redaktion an der Veranstaltung teilnehmenden Genossen Sublimier und Thomas waren beim Gesänge des Deutschlandliedes sitzen geblieben, derweil sich alles - einschließlich der „linksten“ Sozialdemokraten - feierlich von den Stühlen erhob. Selbstverständlich große Empörung über die „vaterlandslosen Gesellen“. Zuerst drohendes Murmeln, bis ein glatzköpfiger Mann älteren Jahrganges seinem Herzen Luft machte, und gestöhnt auf die Uebermacht, mit den unflätigen Schimpfwörtern vor allem den Genossen Thomas behauchte, weil dieser das Parteibüchlein, den Sozialistern, trug. Nachträglich stellte es sich heraus, daß dieser laubere Schimpfbild ein Magistratsbeamter - der Baurat Reismüller - war. Um die Frage, welche Befugnisse ein Beamter der „Stadt des Sozialismus“ hat, einmal zu klären, ließ Genosse Thomas gegen den Baurat gerichtliche Klage erheben. Daburch soll der Magistrat gezwungen werden, sich endlich zu dem skandalösen Verhalten eines seiner leitenden Beamten zu äußern, der, nebenbei gesagt, bereits erheblich vorbestraft ist.

Vor dem Gericht spielte Reismüller keineswegs die Rolle des aufrichtigen deutschen Mannes, der weder Tod noch Teufel fürchtet. Ja, er war sogar bereit, sich bei dem bösen Kommunisten zu entschuldigen, und die Schimpfwörter mit Bedauern zurückzunehmen, und außerdem noch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Da aber der Genosse Thomas nicht darauf einging, wurde in die Verhandlung eingetreten. Reismüller gab sich einen Auf, hlanzte sich vor dem Gerichtshof auf, und schilberte in schmerzverzerrten Worten, wie er erschüttert gewesen sei, daß es Menschen gebe, die beim Deutschlandliede nicht aufspringen und die Haden zusammennehmen. Wo dieses Lied doch noch dazu vom Reichspräsidenten Ebert als Nationalhymne erklärt worden sei. Im übrigen meinte er, wären die „Rechten Leute“ in Frankreich oder in Italien sofort gehängt worden. Nachträglich scheint es ihm, daß den „Provolateuren“ eigentlich noch Schlimmeres hätte passieren können. (Das soll wohl heißen, daß man sie unter Umständen auch hätte lynchen lassen.)

Im übrigen machte Reismüller die interessante Mitteilung, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Thomas Strafantrag wegen Beschimpfung der Republik gestellt hätte; bedauerlicherweise habe dem aber der Staatsanwalt nicht entsprochen. Das neue Republikstuhlgeläch, so meinte der brave, müßte eigentlich einen Paragraphen enthalten, der es gestalte, daß alle „Deutschen“ Strafantrag wegen Beschimpfung stellen könnten, wenn Kommunisten nicht der Nationalhymne ihre Ererbteilung“ erwiesen. Man muß sich dabei erinnern, daß Reismüller ein väterlicher Nationalist extremer Richtung ist. Und ausgerechnet dieser Mann stellt einen Strafantrag wegen „Beschimpfung der Republik“; ausgerechnet er verlangt Erweiterung des Republikstuhlgeläch. Sein Rechtsamalt und Selbstverwandter, der völkische Debagator Halbe, ließ sich dann über die „juristische Seite“ des Falles aus. Reimlich wie auf die Fememörder, so behauptete er, müsse auf Reismüller das Notwehrrecht des Staates übertragen werden. Im übrigen habe der „Herr Angeklagte“ im Affekt gehandelt (warum sollte ihm nicht gleich der Unzurechnungs-fähigkeitsparagraf 51 zugestanden werden?), und außerdem habe er nicht rechtmäßig gehandelt, denn er habe nur den angegriffenen Staat (sonst nennt man diesen wohl: „Judenrepublik“) verteidigt. Dem Vertreter des Genossen Thomas, Rechtsanwalt Simon, war es natürlich ein Leichtes, eine solche lächerliche Argumentation zu widerlegen.

Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Reismüller wird zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt; der Privatkläger kann das Urteil an der Gerichtskasse publizieren. Dieses Urteil ist von einer überraschenden Milde. Wäre nicht der Tatschstand gar zu klar gewesen, Reismüller wäre sicher freigesprochen worden.

Unmehrer interessiert uns, was der Magistrat mit seinem famosen Oberbaurat machen wird. Sollte er auch jetzt, nachdem dieser Geld verurteilt ist, noch schweigen, so wäre das für uns die Erklärung, daß er mit dem Verhalten Reismüllers einverstanden ist. Was in der „Stadt des Sozialismus“ Immerhin sicher merkwürdig wäre.

Mittelschlesien

Geldbauer Gutsächter preßt Kinder um ihren Lohn

Der Arbeiter G. Krybus aus Helbau, Kreis Ohlau, schreibt uns: „Am Sonnabend gingen die Kinder einer Familie nach ihrem schwer verdienten Geld zu der Gutsverwaltung Helbau. Der Familie wurden schon einmal Unzuchtsgelde abgezogen. Am Sonnabend wurde den Kindern, die von Woche zu Woche auf die paar Pfennige warten, erneut der Lohn geführt. Auch drei schulpflichtigen Kindern, die während der Ferien sich einige Groschen für Schulsachen verdienen wollten, wurden Abzüge gemacht. Dies genügt der Verwaltung noch nicht, sie entließ auch sämtliche Arbeitkräfte aus der Familie Krybus.“

Neumarkt. Schwere Verkehrsunfälle. An der Kreuzung bei Wültschlag war ein Monteur aus Wültschlag, der von Wültschlag kam und nach Wültschlag wollte, mit seinem Motorrad in ein ihm entgegenkommendes Ibbener Privatautomobil. Er wurde vom Rad in den Wagen geschleudert und blieb mit gebrochenem Genick tot liegen. Die Insassen des Kraftwagens blieben unversehrt.

Großhau. Esperanto-Ausstellung. Am 5. und 6. Oktober findet im Sporthaus am „Marienberg“ (Beretinszimmer) eine Esperanto-Ausstellung statt. Dorthin liegt eine Liste aus für Kur-

listen, die an einem Sprachkurs teilnehmen wollen, der demnächst stattfindet. Näheres über Esperanto und Kursus ist im Anzeigenteil lokal zu erfahren. Alle Interessenten sind eingeladen. Eintritt frei.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Freitag 20 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung... Montag 19.30 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung... Sonntag 19.30 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung...
Gewerkschaften: Freitag 20 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung...
Jugendorganisationen: Freitag 20 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung...
Sonstige: Freitag 20 Uhr im „Wintergarten“ Parteiverammlung...

Arbeitersport

Breslauer Fußball-Vereinswettspiele für den 6. Oktober:

- 15,30: Stern I — 1928 I, Gräbchen, Ekwronel.
- 15,30: Stern II — 1928 II, Gräbchen, Wabel.
- 14,30: Stern 2. Jgd. — 1928 2. Jgd., Gräbchen, Verein.
- 10,00: Stern 1. Jgd. — Union 1. Jgd., Gärdenberg, Münster.
- 9,00: Stern Schüler — Union Schüler, Gärdenberg, Münster.
- 13,00: Normaria II — Freiheit II, Stadion, Langner.
- 15,30: Hertha I — Freiheit I, Gräbchen, Ritter W.
- 13,30: Hertha II — Wader II, Gräbchen, Kurat Fr.
- 15,30: Welt II — St.-Riders II, Eichenpark, Salastowit.
- 10,00: Sportfreunde III — Welt III, Jantholzwiese, Hauke.
- 10,00: Dswih 1. Jgd. — F.S. 1. Jgd., Dswih, Punitz.

Fußballspiele. Gruppenspielausschuss. Die Spiele VPK I — 1928 I und Einigkeit II — W.F. II am 6. Oktober fallen aus. Das Spiel Südost III — Südost II beginnt um 12 Uhr. Das Spiel Südost 1. Jgd. — St.-Riders 1. Jgd. beginnt um 9 Uhr in Klettendorf. — Hauptspielausschuss. Wir erinnern nochmals daran, daß am Sonntag, dem 13. Oktober, anlässlich des Hallensportfestes für den ganzen Tag Spielverbot besteht.

Fußballspiele. Bezirksvorstand. Die Abrechnung der Programme zum Hallensportfest erfolgt am Sonnabend, ab 20 Uhr, im Restaurant des Gewerkschaftshauses.

BSV. Dswih. Freitag 20 Uhr Vollversammlung in Knoblich's Paradies.

W.F. Herrmannsdorf. Donnerstag 19 Uhr Schülerversammlung. Freitag 20 Uhr Vollversammlung bei Gade.

St. Falke, Neufisch. Freitag 19 Uhr Vierteljahrsversammlung. Käse mitbringen.

Stella-Riders. Freitag 20.30 Uhr wichtige Vollversammlung. Vorher Jugendführung.

Elbst. Sonnabend 20 Uhr Handball-Vollversammlung. Spielerinnen und Spieler müssen erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

BSV. Kapf. Hiermit allen Brüdern erlaube ich zur Kenntnis, daß sich unser Vereinslokal von jetzt ab Welkenburger Straße 17, Schulheißstraße, befindet.

Bestell die Wochenendausgabe!

Arbeiter- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Die Abteilungsabende im Monat Oktober sind folgende: 1. Abteilung: Dienstag, den 8. und 22., bei Cichos, Klosterstraße 125. 2. Abteilung: Freitag, den 11. und 25., bei Klante, Hochstraße 7. 3. Abteilung: Dienstag, den 8. und 22., bei Walln, Westendstraße 37. 4. Abteilung: Montag, den 7. und 21., bei Wiegorel, Bartischstraße 6. 5. Abteilung: Dienstag, den 8. und 22., bei Wolff, Hedwigstraße 15. 6. Abteilung: Dienstag, den 8. und 22., bei Risch, Steinstraße 155. 7. Abteilung: Dienstag, den 8. und 22., bei Hoffmann, Schönstraße 21. 8. Abteilung: Donnerstag, den 10. und 24., bei Stannet, Neuborfstraße 99. 9. Abteilung: Freitag, den 11. und 25., bei Matlaschel, Frankfurter Straße 187. 10. Abteilung: Freitag, den 11. und 25., bei Wittke, Zimpeler Straße 37. 11. Abteilung (Breslau-Gundseid): Sonnabend, den 19., im Lokal Breslauer Straße 30. Jugendabteilung: Donnerstag, den 3. und 17., in der Schule Taschenstraße 20/31 (Kanonenhof), außerdem alle Montage im Heim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Motorradfahrerabteilung: Donnerstag, den 17., in den „Hubertusfälen“, Friedrich-Wilhelm-

Straße 32. — Die Generalversammlung findet Mittwoch, den 30. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, statt.

Ausschreibung zum Bahnrennen

am 13. Oktober beim Hallensportfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Alle Rennfahrer des 1. Bezirks, welche im Besitz einer Bahnmaschine sind, müssen an dieser Veranstaltung teilnehmen. Es kommen mehrere längere Rennen, und zwar Punktrennen, Ausschreibungsrennen und Malfahren zur Austragung. Auch für unsere Jugend sind zwei Rennen reserviert. Meldungen sind bis zum 6. Oktober an den Genossen Lorenz, Nordstraße 32, zu richten.

Freie Sportabteilung 1925 (Dektor). Freitag 20 Uhr außerordentliche Vollversammlung bei Weinkich, Delsenerstraße. Anschließend Fikellias und humoristische Vorträge.

Spielleute des 1. Bezirks. Freitag 19 Uhr Bezirksabstimmungs- und Turnhalle Dfener Straße. Erscheinen aller ist Pflicht. — 6. Abteilung wie immer um 18 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Gundseid. Freitag 20 Uhr Monatsversammlung.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Nur Donnerstag und Freitag, um 5 und 8 Uhr
Geschlecht in Fesseln

Die Sexualnot der Strafgefangenen
Der Jungborn der Menschheit

Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr nur 25 Pfg. Besucherkreisausweis 50 Pfg. Ohne Ausweis 70 Pfg.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 28. Sept. bis Sonnabend, 5. Oktober täglich 20.15 Uhr
„Wallenstein“
Dramat. Gedicht v. Schiller

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 28. Sept. bis Sonnabend, 5. Oktob. täglich 20.15 Uhr
„Ein Glas Wasser“
Lustspiel in 4 Aufzügen von A. E. Scribe
Übersetzt von Otto Stockhausen

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 29. Sept. bis 6. Okt. 1929
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 3
Rigoletto
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 3
Richard Wagner
Sonnabend, 19.30 Uhr
Die Zauberflöte
Sonntag, 20 Uhr
Die Zauberflöte

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 303
Täglich 8 Uhr
Die verflixte Liebe
Revue in 24 Bildern mit 4 Sensationsparties.
3 Fratellini 3
Gustava, Max u. Golo

Moderne Kinderwagen
25.-



35.-, 29.-, 27.-

Suchantke
Ohlauer Straße 35
Ecke Taschenstr.

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen

Kredit
auch Einzelmöbel, Schränke, Verlags-, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen.

Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

P. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Breslaus

Metallbettstellen / Bettfedern
für Kinder u. Erwachs. gereinigt u. gewaschen.
Polster-Matratzen / Daunen
Korbmöbel / Fertige Betten
Kinderwagen / Inletts
Größt. Haus der Branche Ostdeutschlands
Betten-Haus Becker
Breslau 1, Kupferschmiedestr. 4
Katalog gratis

Trauerkleider
Blusen, Röcke, Mäntel, Hüte, Schleier
kauft man am besten im
Trauer-Magazin August Benedix
Breslau, Ring 1, Ecke Nikolaistr.
Telephon 263 30

Niedlich!

Nicht wahr? Das muß man sagen, wenn dies kleine Mädel so ein hübsches Kleidchen für die Schule trägt.



Dieses
Mädchen-Pullover-Schulkleid

hergestellt aus melieriem Trikotgewebe, 2 fellig, mit Faltenrock, in den Farben reseda, blen, rosenholz, warm und kleidsam, mit Krawatte und Taschen

klein in Größe 60 cm nur **2.90**

Jede weitere Gr. 35 Pf. mehr

Vorrätig in Größen 60, 65, 70, 75, 80, 85 cm
Gr. 60—75 mit Leibchen-Faltenrock
Gr. 80—85 glattes Röckchen mit Gummizug

Mengenabgabe vorbehalten

— Verkauf 1. Etage —

Dekoriert im Schaufenster Messergasse



Bettfedern

geschlossene u. ungeschlossene garantiert staubfrei und füllkräftig

Inletts, Bettbezüge, fertige neue Betten

Große Auswahl. Allerbilligste Preise

Bettfedernhaus Liebich

Breslau, Neue Taschenstraße Nr. 1b (Schrägüber vom Viktoria-Theater)

Zur Bettenreinigung empfehle meine moderne neuzeitliche Maschine.

Beerdigungsanstalt C. Heymann

Bestattung- u. Versicherungsführung
Leberführung
u. Feuerbestattung

Klosterstr. 97 — Zweigneschäft Gräbichener Straße 87 — Telephon 587 47

Donnerstag, Freitag

Blutrische grüne Heringe Pfund **28**

Ostseedorch Pfund **36**

Seelachs, Goldbarsch, Schellfisch, Kabeljau, Koteletts

Extrakt Bücklinge 1/2 Pfund **13**

Bratheringe, 2-Pfd.-Dose **88**

Rollmops
Bismarckheringe
Hering-in-Gelee } 2-Pfd.-Dose **98**

Neue Salzschoffen
Stück **8, 10, 12 u. 14**

Nordsee

Breslauer Filchhallen

Bohrer Str. 2 — Schmiedebücke 13 u. 59
Neue Schweidnitzer Straße 10
Anderssonstraße 2 — Gräbichener Str. 8

Sämereien

Vogelfutter
Futtermittel

Richard Schwella
Matthiasstraße 185
Ecke Weinstraße 85

Obst
Gemüse
Butter
Käse

nur von

Hondl

Gottesberg
Niederstraße
neben
Broggerie, Hofbarth

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung

Wäsche und Konfektion

eigener Herstellung — Gelegenheitsposten

S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10



Genossen

wecht für
Eure Presse!



Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch

Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Täglich frische
See-Fische, Fluß-Fische
Wild u. Geflügel bei

Will Hanke

Schweidnitz, Langstraße 29

M. Riedel

Färberei
u. chem. Waschanstalt

Breslau 8

Reinigung

Offenerstr. 91

Anschaffungen in allen Stadtteilen

Bekanntmachung

Sonnabend, den 5. Oktober bleiben meine Spezial-Geschäfte für Damenhüte feiertagswegen geschlossen.

Hulda Siedner

Schmiedebücke 12 und 15/16

Ein Inserat

in unserer Zeitung hat stets

guten Erfolg

Waldenburger Bergland

An alle Ortsgruppen, Betriebs- und Straßenzellen des Unterbezirks Waldenburg — An die Organisationen des Kommunistischen Jugendverbandes, der Roten Hilfe, der IAH und des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit

Genossen, Genossinnen! Wir berufen für Sonntag, 6. Oktober, vormittags 9 Uhr, nach Waldenburg im Saal der Stadtbrauerei eine

allgemeine Funktionärkonferenz

mit folgender Tagesordnung ein: 1. Unsere Aufgaben in den Kommunalparlamenten und unsere Stellungnahme im Wahlkampf. (Referent Genosse Wollweber.) 2. Aufstellung der Kandidaten zum Kreisrat und zum Provinziallandtag. 3. Die praktische Durchführung des Wahlkampfes. (Referent Genosse Schulz.)

Wir fordern in Anbetracht der Bedeutung dieser Konferenz alle unsere Parteifunktionäre sämtlicher Ortsgruppen, Betriebs- und Straßenzellen sowie alle Funktionäre oben angeführter Organisationen auf, rechtzeitig bis auf den letzten Mann zu erscheinen. Parteimitglieder sind als Gäste willkommen. Einlaß nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Alle anderen Parteiveranstaltungen, mit Ausnahme der Mitgliederversammlung Waldenburg-Altwasser, fallen an diesem Tage aus.

Die „Mutterbetriebsräte“ der Gläubig-Friedenshoffnung-Grube

„Gibt ihr auch das Brot überhaupt schon verdient, das ihr hier eßt?“

Das sagt nicht etwa ein Vergewaltiger oder Steiger oder so ein kleiner Anstreicher von Kasseher, sondern dies sagt ein „Mutterbetriebsrat“, und zwar, wir wollen ihn auch vertreten, ist es der, der am „allernützlichsten“ ausbleibt, der erst durch sein Amt als „Betriebsbetriebsrat“ so „heruntergelassen“ ist, es ist der Herr „Kamerad“ Wolf aus Neu-Dain, seines Zeichens Vorsitzungsmitglied und Geschäftsführer. Kameraden, glaubt ihr, daß diese „Kumpels“ noch mit einem Wort eure Interessen vertreten? Nein! Denn wird ihm ein Kumpel mit seinen Beschwerden zu lästig, dann wird die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß der und der sich dauernd beschwert, und man sucht nach Mitteln, um ihn loszuwerden. Man denkt an die Kameraden, die man auf den Juliussticht verlegt hat! Wie trug sich nun obiger Fall an? Wolf kommt in die Grube in Begleitung des Vorsteigers und Steigers. Zur halben Schicht sitzen am Stroh mehrere Kameraden, die ihre Margarinetten verzehren. Die Beamten grüßen und gehen weiter. Hinterher kommt Wolf und sagt: „Gibt ihr euch das Brot schon verdient, das ihr hier eßt?“ Ist es nicht ein Lohn für die Kameraden, die sich sowieso nur mit der elenden Margarinetten begnügen müssen, wenn sie vier Stunden schwer geschuftet haben und sich nun einen Bissen Brot gönnen? Kameraden von Neu-Dain, macht Schluß mit einem solchen Leiter, der auf den Revierkonferenzen sowieso nur seine Stimme gibt zur Streit- und Lohnbewegung abwürfung, und im Betriebe die Kumpels noch mehr anzuknüppeln versucht. Kameraden im Betrieb, bei den kommenden Betriebsratwahlen wählt nur revolutionäre Betriebsräte! Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Kameraden sehr oft die Frage aufwerfen, „wo mag denn überhaupt die Ausrüstung der Betriebsräte sein, bei Kobewald oder bei Schäffer?“ Denn sie bringen es manchmal erst gar nicht über den Durst, sie müssen bald schwarz dorthin gehen, um Schwereladen sich erst später zu waschen.

Der tägliche Unfall. Der Arbeiter Jut wollte einen Werkzeugkasten auf den Kesselhausneubau des Bergschachtes bringen. Als er bereits auf der obersten Sprosse der Leiter angelangt war, stieß er gegen eine Eisenstange, so daß er das Gleichgewicht verlor und rückwärts abfiel. Er hat schwere innere Verletzungen davongetragen.

Faherder in Weisklein beschlagnahmt. Von der Polizei wurden zwei Faherder angehalten, die aller Wahrscheinlichkeit von einem Diebstahl herühren. Es handelt sich um folgende Mäder: ein kostbares Brennaborrad, schwarzes Rahmenrad, Lenkstange nach oben, Lenkrohrschraub, brauner Sattel, Faherdrummer 1440068. Das andere Mäder trägt die Nummer 850878, Faherdrat Weisklein, hat roten Rahmenbau, am Steuerkopf trapezförmig weiß abgesetzt, rote Verzierung. Die Eigentümer dieser Mäder wollen sich melden bei der Landjägerstation Neu-Salzbrunn.

Oberes Revier

Unfall auf der Gustav-Grube. In der Frühsticht am 2. Oktober verunglückte der Bauer Josef Klein in der V. Abteilung des Georgschachtes der Gustav-Grube in Koblenbach. Durch herabstürzendes Gestein wurde er am Kopfe verletzt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Niederschlesien

Görlitz

Verkehrsunfälle
Ein Schüler überfahren. Am Montag wurde auf der Koblenburger Straße der etwa acht Jahre alte Schüler E. Sch., wohnhaft Koblenburger Straße 16, von einem Motorradfahrer überfahren. Der Schüler kam die Treppe, die zum Restaurant „Frohhaus“ führt, herunter und lief unachtsam direkt in das Motorrad. Trotzdem der Fahrer sein Rad sofort halt machte, konnte er das Unglück nicht mehr verhindern. Dem Schüler wurde ein Unterschenkel gebrochen.
Die Eierfrau überfahren. Am Mittwoch, gegen 9 Uhr, wurde in der Berliner Straße, unweit des Capitols, eine Frau, die Eier transportierte, von einem Radfahrer angefahren. Die Frau blieb unverletzt, die Eier wurden zerbrochen. Die Schuld an dem Unfall soll die Frau tragen.

Töblicher Orbenunfall in Hohenwerder
Am Montagabend wurde der Bogerarbeiter Göppert auf der Grube Fehe III in Wiednig von herabstürzenden Kohlenmassen verschüttet. Er konnte nach einstäündiger Bergungsarbeit nur als Leiche geborgen werden. Göppert war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Legnitz

Ausrüstungsgüter nur für zwei bis drei Mann.
Zu unserem Bericht über den Prozeß gegen Stahlheimer Scheinler teilte uns die Justizpressestelle mit: „Bei dem Angeklagten ist nicht eine vollständige Ausrüstung für 50 Mann gefunden worden. Nach

Freiburg

Naturfreunde-Treffen
Der ADWB-Ortsausschuß schreibt: Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am 5. und 6. Oktober ein Naturfreunde-Treffen. Wir erziehen die gesamte Arbeiterschaft, dieses Treffen in der besten Weise zu unterstützen und die Veranstaltungen zu besuchen. Das Programm ist bereits veröffentlicht worden. Da für die auswärtsigen Gäste noch Quartiere benötigt werden, so ersuchen wir die Arbeiterschaft, diese, soweit als möglich, vom 5. bis 6. Oktober zur Verfügung zu stellen. Quartieranmeldungen werden bei allen Gewerkschaftsvorständen sowie bei den Vorstandsmitgliedern des Ortsausschusses des ADWB entgegengenommen.

Schweidnitz

Heute heraus!
Heute, Donnerstag, um 20 Uhr, findet in „Stadt Breslau“ die große, von der Kommunistischen Partei einberufene Versammlung, in der der Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber über „Salenkrenz oder Samjetkern“ spricht. Arbeiter, Werttätige, heraus! Kommt rechtzeitig in die Versammlung! Organisiert die Abwehr gegen die Faschistenbanden!

Die Arbeiterschaft packt auf!
A. R. Am Dienstagabend erlang auf einmal Duerpfelsenmühl in den Schweidnitzer Straßen. Jeder hörte auf. Sollte es das Faschistenpack wagen, in solch herausfordernder Weise die Arbeiterschaft zu provozieren? In wenigen Augenblicken sammelten sich vor den Haustüren, an den Straßen die Arbeiter. Aber sie hatten die Salenkrenzler für tapferer gehalten, als sie sind. Keiner von ihnen wagte es, sich zu zeigen. Die Muff machte die Feuerwehr.

Der Schein kröhlt!
A. R. Auch den großen Modegeschäften in Schweidnitz geht es nicht so gut, wie sie es glauben machen wollen. Auf der einen Seite erschmet die Firma Wollweber ihre umgebauten Räume. Lassig, wie Großstadt! Auf der anderen Seite ist die Firma Siebert u. Weinert nicht mehr in der Lage, ihren Angestellten den künftigen Lohn auszusprechen. Sie haben ihr Gehalt mit Verzögerung, und auch dann nur zu einem Bruchteil erhalten.

Striegau

Heraus aus der SPD!
Auf Verlangen der sozialdemokratischen Mitglieder veröffentlichen wir nachstehenden Bericht über das Verhalten sozialdemokratischer Betriebsräte bei den Entlassungen bei der Firma A. Weisklein. Da ist der Schwiegerjohn vom Werkmeister. Der Werkmeister wollte die Entlassung des Schwiegerjohnes, da er nur ein Kind hat, doch der Betriebsrat Paul Reumann setzte sich für ihn ein. Der Betriebsratsvorsitzende A. Reuschle sagte zu verschiedenen Kollegen, z. B.

Immer noch Gauzustände auf dem Schwesternschacht

Keine Wasserbereitstellung zur Verhütung von Kohlenstaubexplosion — Dafür Sch... Kübel mit Wasserhahn

A. R. Endlich hat die Unfalluntersuchungskommission ihre Sprache wiedergefunden und in ihrem Bericht festgestellt, daß die Ursache der Schlagwetterkatastrophe auf obgenannter Mordgehe in einer Entzündung der Schlagwetter zu suchen ist, welche sich durch Kohlenstaub und schlagwetterhaltige Luft weiter verbreitet hat. Trotz vorstehender Feststellung werden die bergpolizeilichen Vorschriften seitens der Grubenverwaltung nicht beachtet und der Kumpelmord wird weiter vorbereitet.

Wir stellen hiermit fest, daß in keiner Abteilung Wasserleitungen eingebaut werden, und ebenso keine Gesteinsstaubschranken vorhanden sind. Im 6. und 7. Flöz der 14. Weisklein ist keinerlei frischer Wetterzug vorhanden, da die Wetterstrecke der 7. Sohle vollständig zugebrochen ist, und dort nur eine künstliche Bewetterung durchgeführt wird. Hier wäre es besonders angebracht, Wasserleitung und Gesteinsstaubschranken einzubauen, aber nichts von beiden ist vorhanden, was den bergpolizeilichen Vorschriften entspricht.

Trotz wiederholter Befragung durch den Revierbeamten scheint demselben dieser Mangel noch nicht aufgefallen zu sein. Es wäre endlich einmal Zeit, hier Abhilfe zu schaffen, oder will die Behörde so lange warten, bis wieder ein größeres Unglück passiert ist?

zu dem Kollegen H. Weisklein: „Du bekommst doch genügend Unterstützung. Du willst es auch zu Hause aus und brauchst nicht auf Arbeit zu gehen.“ Das Arbeiterbewußtsein überlegt, daß nach Auffassung des Kollegen Kruschke die Erwerbslosenunterstützung doch genug ist, um davon mit Familie leben zu können. Die Kollegen sind dem Kruschke die Antwort nicht schuldig geblieben.

Die sozialdemokratischen Steinarbeiter erklären offen, daß ihre sozialdemokratischen Minister mit Schulz an dem Hungerdasein der Arbeiterschaft sind, und daß sie es einsehen, daß diese Minister Handlungen der Kapitalisten sind. Die Betriebsräte verzichten selbst auf das alte Recht der Steinarbeiter, das ihnen während der Arbeitszeit abgeholt. Diese Einstellung läßt mit Mühengebenden. Diese Zeit wurde den Kollegen immer bezahlt. Jetzt plötzlich haben die sozialdemokratischen Betriebsräte Angst, daß die Firma die Arbeitszeit nicht bezahlen könnte. Die sozialdemokratischen Mitglieder wollen sich darüber beim Verbandsvorstand in Leipzig beschweren, sie beschreiben aber, und zwar mit Recht, daß der sozialdemokratische Verbandsvorstand dem sozialdemokratischen Betriebsrat nichts tun wird, da bekanntlich eine Reihe der anderen kein Auge ausstakt.

Kollegen, verlasst die Sozialdemokratie die Gefolgschaft. Schert euch um die Kommunistische Partei!

Kirche belästigt Arbeiter!
A. R. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die evangelische Kirche selbst die „Heiden“ veranlassen will, Kirchensteuer zu zahlen. Jetzt wird uns ein neuer Fall bekannt. Ein Arbeiter, der bereits zwanzig Jahre aus der Kirche ausgeschieden ist, erhielt einen Steuerbescheid mit der Aufforderung, die Steuer binnen vierzehn Tagen zu bezahlen. Die Arbeiterschaft von Striegau protestiert ganz entschieden gegen diesen Skandal. Sie hat keine Lust, sich andauernd belästigen zu lassen!

Bolkowhain

Reichsbanner-Meute
A. R. Am vergangenen Sonntag veranstaltete das diesige Reichsbanner ein Zelllager-Treffen mit Blum, wozu es sich bis von Schmiedeberg die Ortsgruppen verschieben hatte. Am Blum nahmen ganze zehn Mann (!) teil. Alles war neugierig auf die am Sonntag stattfindende Demonstration mit Kundgebung. Fiedler hatte schon erwidert, ob es nicht in Anbetracht der zu erwartenden Massen besser wäre, den Ring abzugeben zu lassen. Wer aber beschließt, das Geschehen, als der Demonstration, an dem sich sieben Ortsgruppen beteiligten, anzusehen? Wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind, kamen die paar Männlein angeschlichen, besahnt über die so „starke“ Beteiligung; denn der Zug war, alles in allem, 78 Mann (!) stark. Die angeforderten Massen waren gänzlich weggeblieben, so daß sich Fiedler und der Rechner schämten, die Kundgebung abzuhalten, und so gaben sie mit jämmerlichem Gequiehe vor. Nachher hatte ich Gelegenheit, mit einigen Reichsbannerleuten von Schmiedeberg zu sprechen, die sich nicht genug wundern konnten, wie so etwas möglich war. Nach einigen aufklärenden Worten schienen sie begriffen zu haben und meinten, daß sie das letzte mal bedelgewesen seien.

Noch vor Monaten wurde ein Bauer damit beschäftigt, Gesteinsstaub in die Grubenbaue zu streuen, was aber schon lange unterlassen wird, da dieser Bauer mit anderer Arbeit beauftragt ist. Diese notwendige Sicherheitsarbeit ist der Grubenverwaltung nicht gewinnbringend, und durch solche verkehrte Sparmaßnahmen wird das Leben der Kumpels auf Spiel gesetzt.

Für die notwendige Magenabfuhr der Kumpels in der Grube wird ebenfalls auf das äußerste gepart. Laut bergpolizeilicher Vorschriften müssen die Kübel mit einer Bretterwand und Lär umgeben sein, deren innere und äußere Wände mit Sand bestreut sein müssen. Die Kübel sind des öfteren mit Chloralkali zu bestreuen. Diese notwendige Einrichtung wird in der 14. Abteilung außer acht gelassen. Dort wird im 7. Flöz, Schichtschacht 19 einfach

der sinkende Kübel zur öffentlichen Schau am Stapel aufgestellt.

Bapier braucht der Kumpel nach der sich einmal notwendig machen Magenabfuhr nicht, denn für Ertrag sorgt das aus dem Gangenden reichlich fließende Wasser, wofür aber der Kumpel vollständig durchnäht den „Kübel“ Ort stehend verläßt.

Der zuständige Betriebsrat sowie die Bergbehörde werden dringend ersucht, diese Gauzustände zu beseitigen, anderenfalls die Kumpels zur Selbsthilfe schreiten werden.

wurde stark beschädigt. Der Radfahrer wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Aus dem Riesengebirge

Die Partei marschiert
Am Montag riefen die Partei und der Erwerbslosenausschuß von Hirschberg zu einer Protestkundgebung gegen den geplanten Unterstützungsraub auf. Reichlich 400 Arbeiter und Erwerbslose waren dem Rufe gefolgt. In kurzen, eindringlichen Ausführungen erläuterte Genosse R. die beabsichtigten Verschlechterungen. Zu den Vorankommen in Schweidnitz forderte er die Arbeiter zur Gründung von Arbeiterwehren auf, um sich vor dem faschistischen Notstand zu schützen. Genosse B. schilberte das Verhalten der einzelnen Parteien im Stadtparlament zu den Anträgen der Erwerbslosen, woraus hervorging, daß nur die SPD die Interessen der Arbeiter und aller Ausgebetteten vertritt. Diese Kundgebung bewies, daß das Vertrauen zur Partei wächst. Für alle Genossen heißt es, mit aller Kraft weiterzuarbeiten. Werbt für unsere Presse, legt alle Kräfte ein, damit die Feinde des Proletariats auch am 17. November die verdiente Niederlage erleiden.

Faschisten bekommen Prügel
In Hirschberg provozierten am Sonntag in einer Gassensticht auf der Herrenstraße die Faschisten einige Arbeiter. Mit einer Tracht Prügel wurden die Faschisten nach Hause geschickt. Die Polizei griff gleichfalls ein.

Ein Kind als Brandstifter. In Mittelschreiberhau ging dicht neben dem Wohnhaus des Besitzers Kleinert ein großer Feuerherd in Flammen auf. Der kleine Sohn des Besitzers war das Heu mit Streichhölzern in Brand gesteckt. Ein riesiges Schadenfeuer konnte mit Mühe verhindert werden.

Görlitz

Ihre Einkäufe gut und billig nur im TRAUS

Sprechapparate / Musikplatten der führenden Weltmarken

Hörmittel-Görpchen Hauptstr. 8 / Tel. 1408

Auf Zellulose Gerberei für Herren, Damen und Kinder

Für alle Klassenklassen die gute Brillen



Das Beste, vom G. Götter Obermarkt 34, am Schützenweg

Berliner Str. 5 Obermarkt 28

Kauf Kohlen bei Oskar Hillich, Obermarkt 15

Optiker Trabs, Ströbberg-Passage 11

ELECTROLA Musikinstrumente / Schallplatten

Schwartzberg Koch, Tel. beim Palais

August Holburg, Berliner Str. 21

Görlitzer Bürgerbräu in Qualität unübertroffen!

A. Ningenberg KG, Elisabethstraße, Ecke Klosterstr.

Molkerei Weißbach, Landskronstr. 13

Wäschehaus Hermann Junge, Morienplatz 6

Görlitzer Molkerei, Gumboldtstraße 55

BERNDT, Mittelstraße 6

J. Erhardt, Hospitalsstr. 43

PAUL RENNER, Inh.: Fritz Schäfer

Max Ratsch, Berliner Straße 21

M. Lorenz, Spezial-Bettengeschäft

Trinkt einheimische Biere der Brauerei Bergschlösschen A-G.

B. Zindler, Meinstadt Nachlg., Sorauer Straße Nr. 24

Else Hoffmann, Stadtwiese 2, Nähe der Post

Fritz Skupin, Ring 35

Fr. Hoffmann, Replerstraße 53

F. Reinmann, Markt 24

Carl Hager, Replerstraße 20

Brauerei „Lionel“

Georg Hlber, Hohenburger Straße 12

Gez. Kersch, Replerstraße

Liegnitz

Reparatur geheimer elektrischer Geräte

S. HARLAM, Ring 40, am Fischmarkt

Sprechapparate Schallplatten

Reparatur geheimer elektrischer Geräte

Glogau

Butterhandlung Kunella

Waren, Geldwaren

W. Kram, Polnische Straße 90

Rnebel, Preussische Straße 4

W. Bräutigam, Tel. M. Giesow

H. Hirsch, am Marktplatz

Emil Winkler, Lange Straße 21

W. Bräutigam, Tel. M. Giesow

H. Wiedert & Co., Lange Straße 23

Lauban

Kurt Hill, Rikolastraße 22

Christian Jasper, Rikolastraße 1

G. Meiß, früher Brög

H. Plebermann, Weberstraße 5

Sprottau

Ray Sucharski, Schuhwarengeschäft

Carl Gerkenberger, Gerrenstraße

Greiffenberg

H. Zimmer, Ringstraße 13

Walter Hummert, Ringstraße 12

Walters Gasthaus, Laubauer Straße 34

Die Welt, Greiffenberger Straße 50

Carl Hirsch, Greiffenberger Straße 54

Grünberg

Ernst Th. Franke, Nachf. 1141

Fritz Stahn, Optiker

Brodt- und Feinbäckerei Paul Obst

Mümmel, das bekannte Lebensmittel

Otto Bross, Rebschlechterer

Joseph Andorff, Berliner Straße 83

Otto Kinzel, Niederstraße 54

Spielwaren, empfehlen

Otto Hoffmann, Naumburger Str. 1

Reform-Nährmittel, Mattern

Leiderhandlung OTTO POCKRANDT

Fleisch- und Wurstwaren G. Walck

Woydts, Lebensmittelhalle

Trinkt die wohlbekömmlichen Grünberger Bergschloß-Biere

W. Grau, Damen-Konfektion

Paul Sander, Niederthor, Ecke Bahnhofstr.

Installationen, Apparate

Bunzlauer Leinenhaus

Heinrich Hammerla, Leinen- und Baumwollwaren

Sortimentshaus Theophil Rosenthal

Trinkt Milch der Bunzlauer Lehrmolkerei

Carl Hill, Oberstraße 19

H. Spahnmann, Naumburger Straße 15

Carl Hill, Oberstraße 19

H. Krause, Rikolastraße 5

Einjermann, Ring 21/23

Manufaktur, Weiß- und Weißwaren

Carl Hoyer, Naumburger Str. 41

Fritz Grätz, Herrenstr. 7

Schmerwitz, Das bek. Wäschhaus

Paul Hoyer, Weberstraße 16a

Carl Hoyer, Naumburger Str. 41

Ed. 55, Paul Hoyer

Kunella Gold, mit dem wertvollen Kunella-Bons

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Ed. 55, Paul Hoyer

Kauf bei Griesche, Burgstr. 30

Fleischerei und Wurstfabrik

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6

Walter Winkler, Liegnitzer Str. 6